



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für
Arbeit, Soziales und
Integration

**Bericht zur Umsetzung des
Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit
In der 7. Legislaturperiode des Landes Sachsen-Anhalt
2017-2021**



Inhalt

Präambel

1. Entwicklung der politischen Lage
2. Landes-Demokratiezentrum Sachsen-Anhalt
3. Inhaltliche Bilanzen
 - 3.1. Gremienarbeit, Dialog und Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit
 - 3.2. Aktive Bürgergesellschaft – Lebendige Demokratie gestalten
 - 3.3. Bildung für eine demokratische Gesellschaft
 - 3.4. Kulturelle und religiöse Vielfalt: Migration, Integration und Internationalisierung als Maßnahmen gegen Rassismus
 - 3.5. Medienkompetenz in einer digitale Zivilgesellschaft
 - 3.6. Jugendarbeit für eine demokratische Zukunft
 - 3.7. Vielfalt in der Arbeits- und Unternehmenswelt
4. Implementierung von Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit in der Landesverwaltung
5. Gemeinsam für ein weltoffenes Sachsen-Anhalt

Präambel

Sachsen-Anhalt ist ein weltoffenes Land mit einer vielfältigen Kultur und einer starken Zivilgesellschaft. Gemeinsam engagieren sich alle Akteur*innen des Landesprogramms für Demokratie und Vielfalt, Weltoffenheit sowie für ein friedliches und respektvolles Zusammenleben.

Mit diesem Appell trat 2017 das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit in Kraft. Interessierte Partner*innen und Akteur*innen aus ganz Sachsen-Anhalt entwickelten Ideen. Vier Regionalkonferenzen fanden statt, um Fehlstellen und Bedarfe zu ermitteln, Handlungsbedarfe festzustellen und in einem neu formulierten Programm einzuarbeiten. Das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit beinhaltet sechs Schwerpunktkapitel:

- Aktive Bürgergesellschaft – Lebendige Demokratie gestalten
- Bildung für eine demokratische Gesellschaft
- Kulturelle Vielfalt: Migration, Integration und Internationalisierung
- Medienkompetenz für eine digitale Zivilgesellschaft
- Jugendarbeit für eine demokratische Zukunft
- Vielfalt in der Arbeits- und Unternehmenswelt
- Dialog, Qualitätssicherung und Vernetzung.

Bereits bei der Vorstellung des Landesprogramms am 08. September 2017 im Rahmen einer Auftaktkonferenz mit über 165 Gästen wurde deutlich: Das Landesprogramm ist kein statisches Produkt, sondern ein lernendes Programm, das durch konkrete Projektarbeit, Dialogveranstaltungen, Fachkonferenzen und digitale Austauschformate mit Leben gefüllt und stetig weiterentwickelt wird.

In den zurückliegenden vier Jahren haben die Landesregierung und die zivilgesellschaftlichen Träger*innen gemeinsam dieses Programm mit Leben gefüllt und intensiv an der Umsetzung der Zielstellungen gearbeitet. Sie entwickelten vielfältige und ideenreiche Projekte und setzten sie um. Die Wirkung dieser mit Landesmitteln geförderten Projekte wurde evaluiert. Mit guter Öffentlichkeitsarbeit konnten Impulse für eine demokratische Gesellschaft in Vielfalt auch über den Kreis der Teilnehmenden hinaus an die Gesellschaft gehen.

Mittel des Landesprogramms wurden dabei zur Kofinanzierung der Bundesprogramme „Demokratie leben!“ sowie "Zusammenhalt durch Teilhabe“ eingesetzt, um wichtige Strukturen zur Demokratieförderung und Extremismusprävention in Sachsen-Anhalt auf- und auszubauen.

Die Broschüre soll einen Einblick in die gesellschaftspolitischen Herausforderungen im Zeitraum 2017-2021 geben und beleuchten, wie die hier genannten Ziele in diesem Zeitraum umgesetzt wurden. Projektbeschreibungen geben einen konkreten Einblick über die Vielfalt der Möglichkeiten, eine demokratische und weltoffene Gesellschaft mit Leben zu erfüllen.

Diese Zusammenstellung soll dazu dienen, Ideen für Projekte in der kommenden Legislaturperiode zu entwickeln und aus den Erfahrungen der Umsetzung der Projekte in der 7. Legislaturperiode zu lernen.

1. Entwicklung der politischen Lage

Ein wesentliches Ziel des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit war und ist es, den demokratischen Zusammenhalt und damit die Zusammenarbeit zwischen engagierten Bürger*innen, zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen, Wirtschaft, Politik und Verwaltungen im Sinne einer gelebten demokratischen Kultur und aktiven Bürgergesellschaft weiter zu stärken. All jene, die sich unter dem Dach des Landesprogramms engagieren, stehen mit ihren Kompetenzen und Erfahrungen jenen zur Seite, die sich mit Menschen- und Demokratiefreundlichkeit auseinandersetzen. Sie stärken und leben die offene und tolerante Gesellschaft.

Ausweislich des „Sachsen-Anhalt Monitors“ vom Dezember 2020 ist die überwiegende Mehrheit der Menschen in unserem Bundesland von Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit überzeugt. Die Einstellungsstudie belegt eine deutliche Demokratiefestigkeit unter den Bürger*innen Sachsen-Anhalts. Im Jahresverlauf gestiegen ist die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie.

Bei der Gestaltung des interkulturellen Zusammenlebens sowie bei der Integration von Zuwanderern in den Arbeitsmarkt wurden sichtbare Erfolge erzielt, mit denen die wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Vorteile von Migration spürbar wurden. Gleichzeitig ist aber auch nach den in den Jahren 2015/16 vergleichsweise hohen Zugangszahlen von Asylsuchenden erkennbar, dass Positionen wie Weltoffenheit und Toleranz in der Öffentlichkeit nicht von allen Bürger*innen geteilt werden. Die Reichweite für antidemokratische und menschenfeindliche Diskursinterventionen bleibt nicht ohne Auswirkungen auf das Lebensgefühl, die Sicherheit und das Selbstbewusstsein von Migrant*innen, jüdischen Menschen und gesellschaftlichen Minderheiten. Menschenfeindliche Positionen und gewalttätige Eskalationen gehören noch immer zum Alltag

von Menschen, die als Minderheit etikettiert werden.

Neue Herausforderungen ergaben sich in den letzten Jahren durch rechtsextreme, rassistische und antisemitische Propaganda im Internet. In sozialen Medien offenbarte sich zunehmend stimmungsgewaltig eine Kommunikationsstrategie der Diffamierung, des Populismus und der antidemokratischen Hetze. Damit einher gingen (verbale) Angriffe und Hate Speech gegen Personen des öffentlichen Lebens oder positionierte Einzelpersonen mit dem Ziel, sie zu einem Rückzug aus der Öffentlichkeit zu zwingen. Zugleich vollzogen sich über Social-Media-Formate politische Prozesse der Vernetzung rechtsextremer Akteur*innen, die zuvor nicht oder nur wenig aufeinander bezogen handelten. Rechtsextreme und rassistische Narrative im Internet gewannen so an Reichweite und (scheinbarer) Konsistenz. Sie bildeten die Basis für eine Radikalisierung und die Bereitschaft, auch in der „analogen Welt“ entsprechend zu handeln. Dabei ist in den letzten Jahren die Wahrscheinlichkeit stark gestiegen, dass eine verbale Enthemmung in tatsächliche Gewalt umschlägt.

Diese Diskurse und Narrative verfangen auch bei Teilen der Gesellschaft, die keine extremistischen Einstellungen aufweisen, aber offensichtlich offen für populistische und demokratiefeindliche Argumentationen sind. Dies ist auch bei einzelnen im Landtag vertretenen Parteien festzustellen. Eine solche Verschiebung der Grenzen des Sagbaren beeinflusst die politische Kultur in Sachsen-Anhalt und fordert sie in besonderer Weise heraus, für demokratische Werte einzustehen.

Der antisemitisch, rassistisch und antifeministisch motivierte Terroranschlag in Halle am 9. Oktober 2019 hat erschreckend verdeutlicht, wie weit Radikalisierung und Enthemmung gehen können. Er stellt zweifelsohne einen tiefen Einschnitt (nicht nur) für die hallische Stadtgesellschaft und das Land Sachsen-Anhalt dar. Umso

wichtiger waren die solidarischen Reaktionen und Unterstützungsangebote aus Zivilgesellschaft und Landespolitik für die Betroffenen des Anschlags. Insbesondere die schnelle Positionierung des Beirats zum Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit ist hier positiv zu erwähnen, deren Empfehlungen Eingang in die Maßnahmen des Landes Sachsen-Anhalt gefunden haben. Im Zusammenhang mit der juristischen Aufarbeitung ist klar, dass die gesellschaftspolitische Debatte nicht mit dem Richterspruch endet. Die Debatte um die Weiterentwicklung der Präventionsmaßnahmen gegen Antisemitismus, Rassismus und andere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wird auch vor dem Hintergrund der Empfehlungen des Beirates zum Landesprogramm weiterhin zu führen sein.

Für den Erfolg der Bemühungen im Handlungsfeld der Demokratieentwicklung ist es perspektivisch von entscheidender Bedeutung, die Sichtbarkeit und strategisch-kommunikative Handlungsfähigkeit demokratischer Akteur*innen in Bezug auf eine scheinbare Diskurshegemonie rechtsextremer Akteur*innen zu erhöhen sowie Praxen des Gelingens demokratischer und weltoffener gesellschaftlicher Teilhabe in den Vordergrund der Kommunikation zu stellen. Zugleich braucht es eine Intensivierung der Auseinandersetzung mit Radikalisierungsprozessen im Internet und die Förderung einer digitalen Interventionsfähigkeit, um rassistische, antisemitische und antifeministische Narrative zurückzudrängen.

2. Landes-Demokratiezentrum **Sachsen-Anhalt**

Mit dem alle Ressorts der Landesregierung umfassenden Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt sollen bestehende Projekte und Programme konzeptionell gebündelt und durch neue Maßnahmen ergänzt werden. Neben den Ressorts arbeiten verschiedene Institutionen und zivilgesellschaftliche Akteur*innen sehr engagiert für die Stärkung der Demokratie.

Im Koalitionsvertrag für die 7. Legislaturperiode ist die Fortführung und Weiterentwicklung des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit als Querschnittsvorhaben der gesamten Landesregierung festgeschrieben. Gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, lokalen Bündnissen und Initiativen wurde das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit in einem dialogischen Verfahren im Hinblick auf die bestehenden fremdenfeindlichen und demokratiekritischen Ressentiments weiter ausgebaut.

Die bereits in Sachsen-Anhalt erfolgreich wirkenden Bundes- und Landesprogramme werden durch das Landesprogramm in einer gemeinsamen Strategie zusammengeführt. Das Landes-Demokratiezentrum ist für die Umsetzung des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit, der Bundesprogramme „Demokratie leben!“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ im Land Sachsen-Anhalt zuständig.

Aufgabenschwerpunkte sind:

- **Prävention und Intervention:**

Projekte oder Maßnahmen zur Vermittlung demokratischer Werte und Handlungskompetenzen in Bezug auf Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus oder gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

- **Aktivierung und Beteiligung:**

Umsetzung von erlebnis- oder bildungsorientierten Beteiligungsprozessen, die zur Förderung einer kritischen Auseinandersetzung mit verschiedenen Erscheinungsformen des politisch oder religiös motivierten Extremismus beitragen sowie zur Aktivierung der Zivilgesellschaft.

- **Vernetzung und Dialog:**

Unterstützung von Maßnahmen, die in Abstimmung mit und unter Einbeziehung von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft i. S. einer einheitlichen Strategie zu einer Förderung des weltoffenen und toleranten Klimas in Sachsen-Anhalt beitragen.

Das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit bildet mit seiner inhaltlichen Schwerpunktsetzung die Grundlage für alle Maßnahmen der Landesregierung in den Themenfeldern Demokratie- und Engagementförderung sowie der Extremismusprävention. Alle diese Maßnahmen werden im Landes-Demokratiezentrum Sachsen-Anhalt, welches im Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration verortet ist, gebündelt, vernetzt und ressortübergreifend begleitet. Die Arbeit des Landesdemokratiezentrums wird von einem mehrheitlich zivilgesellschaftlich besetzten Beirat und einem interministeriellen Arbeitskreis unterstützt.

Bundesprogramm „Demokratie leben!“:

„Demokratie leben!“ ist ein Programm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Es unterstützt seit dem Jahre 2015 bundesweit Initiativen, Vereine sowie engagierte Bürger*innen in ganz Deutschland, die sich für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander einsetzen. Die mit Mitteln des Bundesprogramms in Sachsen-Anhalt umgesetzten Maßnahmen werden vom Landesdemokratiezentrum koordiniert, kofinanziert und fachlich begleitet. Mit dem Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremis, den Partnerschaften für Demo-

kratie und den Modellprojekten fördern Bund und Land gemeinsam zentrale Strukturen der Radikalisierungsprävention, Vielfaltgestaltung und Demokratieförderung in Sachsen-Anhalt.

Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus:

Bereits 2007 wurde das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus eingerichtet, das fachkompetente Beratung bei rechtsextremen Ereignislagen sowie für Opfer rechter Gewalt anbietet. Flächendeckend arbeiten in Sachsen-Anhalt in vier Regionen des Landes Regionale Beratungsteams und Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (Halle, Dessau, Magdeburg, Salzwedel). Analysen und Hintergründe zur extremen Rechten erarbeitet die Arbeitsstelle Rechtsextremismus.

Das Beratungsnetzwerk bietet in den Themenfeldern Rassismus, Antisemitismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit, Homophobie, Sozialdarwinismus sowie andere Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit umfangreiche Informations- und Beratungsleistungen für Betroffene, Einzelpersonen und Vertreter*innen aus Kommunen, lokalen Bündnissen, Vereinen, Schulen und Initiativen. Regionalbüros mit kompetentem Fachpersonal in ganz Sachsen-Anhalt bieten kostenfreie, unverbindliche und auf Wunsch anonyme Beratung an.

Weiterführende Informationen auf der Webseite des Beratungsnetzwerks:

www.beratungsnetzwerk-sachsen-anhalt.de

Partnerschaft für Demokratie:

Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ werden Gebietskörperschaften unterstützt, „Partnerschaften für Demokratie“ als strukturell angelegte, regionale und lokale Bündnisse zwischen Kommunalpolitik, Verwaltung und Zivilgesellschaft aufzubauen. In Sachsen-Anhalt arbeiten in der laufenden Förderperiode 21 lokale Bündnisse in den Landkreisen und Kommunen Strategien zur Förderung von Demokratie und zur Bekämpfung von Rechtsex-

tremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit. Das Land kofinanziert die Partnerschaften, begleitet sie als Landeskoordinierungsstelle fachlich und hat dazu beigetragen, eine flächendeckende Struktur aufzubauen.

Weiterführende Informationen sowie eine Übersicht zu den Partnerschaften für Demokratie in Sachsen-Anhalt auf der Webseite von „Demokratie leben!“: www.demokratie-leben.de.

Modellprojekte:

Modellprojekte entwickeln und erproben innovative Ansätze im Bereich der Demokratieförderung und Präventionsarbeit. Die vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“ unterstützten Modellprojekte widmeten sich in der Förderperiode von 2015 – 2019 ausgewählten Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Ansätzen zur Demokratiestärkung im ländlichen Raum und der Extremismusprävention.

Zusammenhalt durch Teilhabe:

„Zusammenhalt durch Teilhabe“ ist ein Programm des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat und wird von der Bundeszentrale für politische Bildung umgesetzt. Das Bundesprogramm fördert Projekte zur Stärkung der demokratischen Teilhabe und gegen Extremismus. Im Mittelpunkt stehen dabei regional verankerte Vereine, Verbände und Multiplikatoren im ländlichen Raum und in strukturschwachen Gebieten. Das Programm wird in Sachsen-Anhalt von der Landeszentrale für politische Bildung koordiniert.

Die Bundesprogramme „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ werden im Landesdemokratiezentrum mit dem Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit zu einer gemeinsamen Strategie zusammengeführt. Durch die Verzahnung sollen die Bundesprogramme konzeptionell zur Erreichung der Ziele des Landesprogramms eingebunden werden.

Landespräventionsnetzwerk Islamismus

Darüber hinaus ist die Koordination des "Landespräventionsnetzwerks Islamismus" dem Landes-Demokratiezentrum Sachsen-Anhalt zugeordnet. Ziel des "Landespräventionsnetzwerks Islamismus" ist es, islamistischer Radikalisierung durch Sensibilisierung, Beratung, und Vernetzung präventiv zu begegnen. Gleichzeitig sollen Betroffene dabei unterstützt werden, radikales Gedankengut wieder abzulegen. Das Land kooperiert sowohl im Bereich der Prävention als auch der Intervention/Deradikalisierung mit zivilgesellschaftlichen Träger*innen.

3. Inhaltliche Bilanzen

3.1 Gremienarbeit, Dialog und Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit

Das Landesprogramm ist dem Leitgedanken verpflichtet, den gesellschaftlichen Zusammenhalt über vielfältige Angebote der Demokratieförderung, Prävention und Intervention zu intensivieren. Es ist gelungen, zu diesem Zwecke verbindliche Arbeitsstrukturen zu etablieren, die einen regelmäßigen Austausch von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen ermöglichen. In diesem Rahmen konnten gemeinsame Strategien zur Demokratiestärkung entwickelt und Maßnahmen bedarfsgerecht ausgestaltet werden. Das Landesprogramm verbindet so Angebote aus Beratung, Bildung, Information und Aktion, die von Vereinen, Verbänden und Institutionen, Landtag, Landesregierung und Kommunen getragen werden.

Das Landesprogramm wird durch einen **Beirat** begleitet, in dem zivilgesellschaftliche Vereine und Institutionen mitarbeiten. Den Vorsitz hat die Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt, Petra Grimm-Benne. Die Mitglieder des Beirats beteiligen sich an der Aufstellung des Programms und bringen ihre Expertise und Fachkompetenzen über gemeinsame Beratungen und Fachveranstaltungen in die Umsetzung des Landesprogramms ein.

Zu den Aufgaben zählen die Erarbeitung fachlicher Empfehlungen zu den Zielen und Schwerpunktsetzungen bei der Entwicklung einer landesweiten Strategie gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Demokratiefeindlichkeit. Mit seiner Tätigkeit soll der Beirat die Rückbindung des Landesprogramms in die Zivilgesellschaft sowie den Dialog über Inhalte, Methoden, Förderbedingungen und Ziele des Programms langfristig sicherstellen und zu Schwerpunkten der Förderung beraten.

So fasste der Beirat am 17. Dezember 2019 in einer Sondersitzung über die Folgen des An-

schlags vom 9. Oktober 2019 in Halle den Beschluss, der Landesregierung zu empfehlen, die Präventionsarbeit zu verstärken. Zu den Empfehlungen gehörte insbesondere:

- Aufbau eines Aktionsprogramms gegen Antisemitismus
- Verankerung von Demokratiebildung in den Bildungsprogrammen und Lehrplänen in Kita, Schule, Ausbildung und Studium sowie Erwachsenen- und Weiterbildung
- Angebot von Medienkompetenztraining und Radikalisierungsprävention im Netz
- Verstärkte Arbeit mit radikalierungsgefährdeten Personen
- Ausbau von interkultureller und interreligiöser Begegnung und Jugendaustausch
- Stärkung der Antidiskriminierungsarbeit.

Die Landesregierung hat auf Grundlage der Empfehlungen zusätzliche Mittel für die Einrichtung der Meldestelle Antisemitismus, die Durchführung der jüdischen Kulturtage 2021, die Moses Mendelssohn Akademie, die Durchführung von Gedenkstättenfahrten sowie für Projekte zur Extremismusprävention und zur Stärkung der internationalen Jugendbegegnung zur Verfügung gestellt. Auch wurde das unter Federführung des Ansprechpartners für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus erarbeiteten „Landesprogramm für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus“ beschlossen.

Die Ressorts der Landesregierung koordinieren ihre Aufgaben zur Aufstellung und Umsetzung des Programms durch den **Interministeriellen Arbeitskreis (IMAK)**. Dazu gehören z. B. die Bestandserhebung bestehender Maßnahmen, die Identifizierung neu aufzunehmender Handlungsbedarfe und die Begleitung der Qualitätsentwicklung sowie die Berichterstattung für das Kabinett und den Landtag. Er setzt sich – unter

Vorsitz der Staatssekretärin des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration Susi Möbbeck – aus Vertretungen aller Ressorts zusammen.

Denken ohne Geländer

Veranstalter:

Hochschule Magdeburg-Stendal, Theater der Altmark, Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt

Projekträgerin:

Altmärkische Bürgerstiftung Hansestadt Stendal

Kontakt

Aud Merkel

03941 - 62 37 62

info@denken-ohne-gelaender.de

www.denken-ohne-gelaender.de

Ziele sind, jüdisches Leben in seiner Heterogenität zu thematisieren, Antisemitismus in unterschiedlichen Facetten kritisch zu markieren sowie eine zeitgemäße Erinnerungskultur zu entwickeln. Dabei werden sowohl etablierte Herangehensweisen hinterfragt als auch Wert darauf gelegt, unterschiedliche Perspektiven in der heterogenen Bevölkerung zu berücksichtigen.

Rund um den 27. Januar, den Tag der Befreiung von Auschwitz, lädt ein vielfältiges Programm zu einer Woche des Erinnerns und des Denkens ohne Geländer ein. Filme, Lesungen, Theater, Konzerte, Ausstellungen, Vorträge und Workshops regen dazu an, ins Gespräch über Toleranz, den Umgang mit Gewalt und Wege des Miteinanders in der Gesellschaft zu kommen.

Durch die Vernetzung von Einrichtungen aus Wissenschaft, Kultur, politischer Bildung und bürgerschaftlichem Engagement entstehen fundierte und lebendige Formate, die Menschen unterschiedlicher Zugehörigkeiten die Möglichkeit zum Austausch bieten.



Der Beirat kann zu speziellen Themen beratende **Arbeitsgruppen** einsetzen. Zu folgenden Themen wurden Arbeitsgruppen gegründet: „Krise der Demokratie“, „Schule und Gemeinwesen“ und „Islamismusprävention“. Von den Ergebnissen des fachlichen Austausches profitieren wiederum die Projekte, die in diesem Arbeitsfeldern Angebote unterbreiten.

Gleiche Funktion haben die **Vernetzungskonferenzen**. Die vor Ort in den Kommunen arbeitenden 21 Partnerschaften für Demokratie kommen zweimal im Jahr zusammen, um ihre konkrete Arbeit vorzustellen, sich für deren Weiterentwicklung in der Diskussion Rat zu holen und zugleich andere Partnerschaften zu motivieren, ähnliche Aktivitäten zu planen.

Vernetzungskonferenzen gibt es auch im Kreis der Träger*innen der Modellprojekte, der Projekte im Bereich des Programms „Zusammenhalt durch Teilhabe“, innerhalb der Beratungsangebote und der Akteur*innen im Bereich Islamismusprävention.

Jedes Jahr veranstaltet das Landesdemokratiezentrum eine **Demokratiekonferenz**, die sich an alle genannten Akteur*innen richtet. 2020 fand die Demokratiekonferenz am Jahrestag des terroristischen Anschlags am 9. Oktober 2019 in Halle statt. Die Konferenz war eingebettet in mehrere Gedenkveranstaltungen an den Tatorten im Beisein des Bundespräsidenten, der Bundesministerin für Familie, des Ministerpräsidenten und der Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt sowie Vertretungen aus vielen Bundes- und Landesverbänden.

Freitag, dem 9. Oktober
ab 11.00 Uhr im Stadthaus, Marktplatz 2 in Halle (Saale)



Landesdemokratiekonferenz

„Ein Jahr nach dem Attentat in Halle – Gemeinsam gegen Antisemitismus und Rassismus“

Am 9. Oktober 2020 jährt sich der antisemitische, rassistische und rechtsextremistische Terroranschlag von Halle (Saale) zum ersten Mal. In vielfacher Hinsicht stellt dieser Anschlag eine Zäsur dar. Alle Demokratinnen und Demokraten in Sachsen-Anhalt stehen in der Verpflichtung, aktiv dazu beizutragen, dass er sich niemals wiederholt.

Mit der Landesdemokratiekonferenz „Ein Jahr nach dem Attentat in Halle – Gemeinsam gegen Antisemitismus und Rassismus“ möchte das Land Sachsen-Anhalt gemeinsam mit Expertinnen und Experten zur Analyse und zur Entwicklung von Gegenstrategien beitragen. Die Impulsgeber werfen dabei einen Blick auf das Geschehene, auf neue Forschungsergebnisse und auf Herausforderungen für die Präventionsarbeit.

Resentiments sind tief im Bewusstsein unserer Gesellschaft verankert und sorgen innerhalb der jüdischen Gemeinden, aber auch in migrantischen Communities für Verunsicherung und ein Gefühl der Unsicherheit. Viele Anzeichen sprechen dafür, dass Vorurteile, Ausgrenzung und Hass zunehmen und an Schärfe gewinnen. Die Beunruhigung darüber unter den Betroffenen wächst. Notwendig ist eine genaue, ganzheitliche Betrachtung der Situation, vor allem aus der Perspektive der jüdischen Gemeinschaft und weiteren (potentiell) Betroffenen selbst.

In Kurzfilmen lernen die Teilnehmenden Praxisbeispiele kennen, um antisemitischen und rassistischen Einstellungen zu begegnen. Hier bedarf es gegenwartsbezogener Handlungsansätze, die Dialog und friedliches Zusammenleben fördern.

Programmablauf

ab 11.00 Uhr | Ankommen, Anmeldung der Teilnehmenden und Gäste

12.01 Uhr | **Gedenken an die Opfer des Terroranschlags**
Auf dem Markt und im weiteren Stadtgebiet leitet ein Carillon-Konzert Glockenläuten der Kirchen ein, das öffentliche Leben steht still.

12.30 Uhr | **Eröffnung der Landesdemokratiekonferenz und Grußworte**
Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale)
Max Privoracki
Vorsitzender der jüdischen Gemeinde Halle (Saale)
Petra Grimm-Benne
Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt
Dr. Felix Klein
Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus
Prof. Dr. Edgar Franke
Beauftragter der Bundesregierung für die Anliegen von Opfern und Hinterbliebenen von terroristischen Straftaten im Inland

13.00 Uhr | **Impulsreferat „Von der Judenfeindschaft zum Antisemitismus“**
Prof. Dr. Gideon Botsch
Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien, Universität Potsdam und Leiter der Emil-Julius-Gumbel-Forschungstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus

13.30 Uhr | **„Problembeschreibung Antisemitismus in Sachsen-Anhalt“**
Vorstellung der Ergebnisse der Studie des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V.
Benjamin Steinitz, RIAS e.V.

13.45 Uhr | **Solidarität mit den Opfern – gemeinsam gegen Antisemitismus und Rassismus**
Dr. Wolfgang Schneiß
Ansprechpartner für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus
Dr. Gabriele Theren
Landesopferbeauftragte

14.05 Uhr | **Podiumsdiskussion: „Anschlag in Halle – die Zäsur“**
Prof. Dr. Gideon Botsch
Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien, Universität Potsdam und Leiter der Emil-Julius-Gumbel-Forschungstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus
Susi Möbbeck
Staatssekretärin und Integrationsbeauftragte
Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt
Dr. Felix Klein
Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus
Prof. Dr. Edgar Franke
Beauftragter der Bundesregierung für die Anliegen von Opfern und Hinterbliebenen von terroristischen Straftaten im Inland
Ismet Tekin
Betreiber des „Kiez Döner Bistrot“, Ludwig-Wucherer-Straße, Halle (Saale)
Mamad Mohamad
Landesnetzwerk Migrant*innenorganisationen Sachsen-Anhalt e.V.

15.05 Uhr | **Praxisbeispiele in Kurzfilmen**
„MITTENDRIN – jüdische Lebensgeschichten unserer Stadt“
Projekt des Zeit-Geschichte(n) e.V. Halle – Verein für erlebte Geschichte
Juliane Bischoff
„Meet a Jew“
Projekt des Zentralrats der Juden in Deutschland, gefördert durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“
Wiebke Rasmussen
„Couragiert vor Ort – Gemeinsam Antisemitismus entgegenreten“
Netzwerk für Demokratie und Courage
Doreen Göller

15.25 Uhr | **Ausklang**
Susi Möbbeck
Staatssekretärin und Integrationsbeauftragte
Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt

15.40 Uhr | **Konzert zum Gedenken und Innehalten mit dem Ensemble „Rozhinkes“**
Luba Meyer (Gesang), **Samuel Seifert** (Violine, Gesang), **Robert Herrmann** (Klavier)
Musikalisches Programm, das an die Lebensfreude des jüdischen Volkes mit den Momenten der Trauer und des Gedenkens über die Gefahren und Verluste, die dem Volk in der Geschichte widerfahren, erinnert.

16.15 Uhr | **Ende der Landesdemokratiekonferenz**
Moderation: Romy Höhne, Politikwissenschaftlerin Halle (Saale)

Eine Veranstaltung des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration in Kooperation mit der Staatskanzlei und Ministerium der Kultur sowie der Stadt Halle (Saale) im Rahmen des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt.

Aufgrund der Abstandsregelungen können maximal 60 Teilnehmer*innen (zzgl. Referent*innen und Organe) bei der Fachtagung anwesend sein.
Die Präsenz-Teilnahme an der Veranstaltung erfolgt durch persönliche Einladung. Alle anderen Teilnehmer sind herzlich eingeladen, am Live-Streaming teilzunehmen.

Weitere Informationen zur digitalen Teilnahme an der Demokratiekonferenz erhalten Sie nach Ende der Anmeldefrist per e-Mail. Diese endet am Freitag, dem 2. Oktober 2020.
Anmeldungen bitte an demokratie@ms.sachsen-anhalt.de

Um 12.01 Uhr erfolgt das Gedenken an die Opfer des Terroranschlags im gesamten Stadtgebiet.
Im Tagesverlauf finden am 9. Oktober weitere Veranstaltungen in Halle (Saale) statt. Diese sind jedoch aufgrund der besonderen Situation in der Teilnehmerzahl beschränkt und erfolgen auf Einladung.

15.45 Uhr | Einweihung Mahmal zum Gedenken der Opfer des Anschlags auf dem Gelände der Synagoge
17.30 Uhr | Zentrale Gedenkveranstaltung in der Konzerthalle Ulrichskirche

Anmeldung zur Demokratiekonferenz digital am 9. Oktober 2020

Name, Vorname: _____
Institution: _____
Straße, PLZ/Ort: _____
Telefon: _____
Mail: _____



Mit der Auftaktveranstaltung am 8. September 2017 wurde auch das **Demokratieportal**, unter der zentralen Internetadresse www.demokratie.sachsen-anhalt.de, des Landes freigeschaltet. Auf der Seite finden sich neben dem Landesprogramm und den Fördermöglichkeiten aktuelle Informationen aus der Projekt- und Vernetzungsarbeit. Die Bundesprogramme „Demokratie leben!“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ werden ebenfalls unter dem Dach des Demokratieportals dargestellt.

Zur weiteren Unterstützung und Bekanntmachung des Landesprogramms wurden vier **Demokratiebotschafterinnen und -botschafter** gewonnen. Sie begleiteten inhaltliche Schwerpunkte des Landesprogramms und unterstützen dauerhaft durch ihr Engagement. Auf Veranstaltungen oder in der Projektarbeit bringen die Botschafter*innen ihr Engagement und Know-how ein.

Um die **Qualität der Arbeit zu sichern**, die methodischen Ansätze und inhaltlichen Schwerpunktsetzungen des Landesprogramms weiterzuentwickeln und an die sich verändernden gesellschaftlichen Herausforderungen anzupassen, ist nicht nur auf den Dialog und die Inputs von Fachaustauschen, Beirats- und Arbeitsgruppensitzungen zu benennen. Das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration hat zudem eine wissenschaftliche Begleitung und Evaluation des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit finanziert. Der 2019 veröffentlichte Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Landesprogramms sowie des Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus führte zu überwiegend positiven Ergebnissen. So wurde unter den Landesprojekten, den Beirats- und IMAK-Mitgliedern mehrheitlich Zufriedenheit mit der grundsätzlichen Struktur der Programme, der Zusammenarbeit mit der Stabsstelle und der Landeskoordinierungsstelle, den Fördermöglichkeiten, der Zusammensetzung der Gremien sowie der Themensetzung geäußert. Hinweise zur Gestaltung von Sachberichten oder des Demokratieportals wurden aufgegriffen.

Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung – Modellprojekt Weißenfels

Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung, Verein zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V.

Kontakt

Hagen Berndt und Anna Stein
03901-3089136
berndt.konfliktberatung@vfb-saw.de
Web: KKB | www.vfb-saw.de

Gemeinden in Sachsen-Anhalt wollen geeignete Antworten auf den sich vollziehenden gesellschaftlichen Wandel finden. Die Bevölkerungsstruktur ändert sich durch Zu- und Abwanderung auch infolge der Ansiedlung neuer Unternehmen. Politische Vorgaben, Erwartungen verschiedener Akteursgruppen und Bedürfnisse Zugezogener vor Ort stehen nicht immer im Einklang miteinander. Der VFB Salzwedel entwickelt in solchen Konflikten Herangehensweisen, die kommunale Akteur*innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft dabei unterstützen, die Probleme und Konflikte zu entwirren, Bedürfnisse verschiedener Interessengruppen herauszuarbeiten und die Wirkung jeweiliger Lösungsansätze zu verstehen. Die Beziehungen der Einwohnerschaft untereinander sollen sich verbessern.

Der modellhafte Beratungsprozess in Weißenfels soll Vorbild für den Umgang mit akuten Konflikten oder präventiv auch für andere Kommunen in Sachsen-Anhalt sein.

Zur gleichen Zeit wurden in vier Gemeinden der Altmark (Gardelegen, Kalbe/Milde, Osterburg und Arneburg-Goldbeck) Lösungen in konkreten Konfliktlagen erarbeitet und deren Umsetzung begleitet.

Unterzeichnung eines Kooperationsvertrages



Wahlort. Die U18-Wahl in Sachsen-Anhalt

Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V.
Kontakt
Stefanie Lübcke
0391-289232-71
stefanie.luebcke@kjr-lsa.de

Anlässlich von Wahlen organisiert der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V. die U18-Wahl in Sachsen-Anhalt. Junge Menschen sollen die Bedeutung der Landtagswahl für ihr eigenes Leben verstehen und sich anlässlich der Wahlen mit politischen Themen und mit der Verfassung auseinandersetzen. Es finden Workshops und Dialogforen mit Vertretungen der politischen Parteien für Kinder und Jugendliche statt. Möglichst viele Wahllokale sollen eröffnet werden, denn aktives Wählen führt zu einer besonders intensiven Auseinandersetzung mit der Thematik Demokratie



3.2 Aktive Bürgergesellschaft – Lebendige Demokratie gestalten

Eine aktive Zivilgesellschaft ist die Basis für eine gemeinsame Strategie für Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit. Dieser bisher im Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit verankerte Ansatz sollte auch zukünftig kontinuierlich weiter ausgebaut werden. Mit dem Landesprogramm sollen alle Menschen zur demokratischen Teilhabe an menschenrechtsorientierten, partizipativ-demokratischen und pluralen Alltagskulturen in einer engagierten und aktiven Bürgergesellschaft eingeladen werden.

Im bürgerschaftlichen Engagement wird Demokratie gelernt und gelebt. Bürgerschaftliches Engagement lenkt das Augenmerk auf Defizite und Fehlentwicklungen in unserer Gesellschaft. Es ist dabei selbstreflexiv und entwickelt neue Konzepte und Lösungsmodelle. Diese Ressource ist unverzichtbar für die politische und soziale Gestaltung unserer Zukunft. Dafür bedarf es guter Rahmenbedingungen, die mit dem Landesprogramm schrittweise verbessert werden.

In den letzten Jahren hat das freiwillige Engagement einen deutlichen Aufschwung erlebt. Die Landesregierung hat mit dem Landesprogramm durch die Förderung des Engagements die Integration, den Zusammenhalt in der Gesellschaft und die Solidarität zwischen den Generationen gestärkt. Die Zivilgesellschaft ist dabei ein verlässlicher Partner des Staates, auf den er angewiesen ist. Das zeigt sich vor allem in Krisensituationen – wie zuletzt in der andauernden Corona-Pandemie. Dazu braucht es Netzwerkstrukturen zur Engagementförderung, die es auf allen Ebenen weiter auszubauen gilt.

Viele Menschen engagieren sich tagtäglich für Demokratie und gegen jede Form von Extremismus. Projekte der Freiwilligenagenturen oder der Stiftung Lernen durch Engagement gilt es weiter auszubauen. Mit einem Demokratieförderungsgesetz sollte die Förderung von Demokratie und Engagement auf eine dauerhafte solide Grundlage gestellt werden, um kurzfristige, projektbezogene Förderung zu ergänzen, durch eine langfristige, verlässliche Unterstützung.

Auch zukünftig sollen Menschen darin unterstützt werden, sich für eigene und gesellschaftliche Aufgaben stark zu machen. Dafür müssen die Bildungsangebote, Unterstützungsstrukturen, Rahmenbedingungen und Netzwerke für bürgerschaftliches Engagement weiterentwickelt werden.

ENGAGEMENT VERNETZT – Bürgerschaftliches Engagement in Sachsen-Anhalt stärken

Landesarbeitsgemeinschaft der
Freiwilligenagenturen Sachsen-Anhalt e.V.

Kontakt

Uwe Lummitsch

0345 2260 4440

uwe.lummitsch@lagfa-lsa.de

Die Mitwirkung in Vereinen und Initiativen ist Ausdruck demokratischer Teilhabe und gesellschaftlicher Gestaltung. Durch ENGAGEMENT VERNETZT werden Aktive und Fachkräfte in die Lage versetzen, zeitgemäß wirksam zu werden und so das demokratische Gemeinwesen zu gestalten. Dazu wurden in digitalen und analogen Veranstaltungsformaten unterschiedliche Mitmach- und Beteiligungsmöglichkeiten als Formen der Demokratiebildung vorgestellt und erprobt. Unter dem Fokus des fachlichen Austausches für Akteur*innen der Zivilgesellschaft hat die LAGFA die Zusammenarbeit mit landesweiten Träger*innen wie dem Landessportbund, dem Landesheimatbund oder der Landesvereinigung für kulturelle Jugendbildung intensiviert und neue Netzwerke vor Ort etabliert.



JugendEngagementKampagne #wowiraktivsind

Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.

Kontakt

Lina Wunderlich

0345 685 685 7,0152 / 238 09 38 6

lina.wunderlich@freiwilligen-agentur.de

www.wowiraktivsind.de

#wowiraktivsind macht Jugendengagement in Sachen-Anhalt sichtbar. Jugendliche stellen in kurzen Videoclips, den „WhyNOT?!-Stories“, unter fachkundiger medienpädagogischen Anleitung authentisch und anschaulich dar, was ihre konkreten Beweggründe, Ziele und Erfolge im Rahmen ihres Engagements sind, welche Unterstützung sie erfahren oder sich wünschen und wie man sich ihnen anschließen kann. Eine prägnante Postkarten-Reihe, macht sowohl auf die Videos, als auch auf die Projekte aufmerksam. Eine digitale Engagement-Landkarte gibt einen Überblick über die Verortung der einzelnen Projekte und Initiativen im gesamten Bundesland. Anerkennung und Wertschätzung gab es bei der Film Premiere im Kinosaal.



3.3. Bildung für eine demokratische Gesellschaft

Das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit formuliert den Anspruch, lebensbegleitend Demokratiebildung als *Civic Education* zu begreifen und zu fördern. Das umfasst politische Bildung, Partizipation, demokratische Alltagsgestaltung sowie die Anerkennung von Vielfalt und bürgerschaftliches Engagement. Demokratiebildung ist also eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und wird damit innerhalb der Landesverwaltung ressortübergreifend verstanden. Sie beginnt in den Kindertagesstätten,

hat in Schule und Ausbildung eine immense Bedeutung und begleitet die Menschen ihr gesamtes Leben lang.

Insbesondere das Erstarren populistischer Gruppierungen, demokratiefeindlicher Bestrebungen, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie konkrete Anlässe wie der antisemitische Anschlag von Halle stellen auch und vor allem die Demokratiebildung vor besondere Herausforderungen und schufen Lernanlässe, auf die es mit zusätzlichen Bildungsangeboten zu reagieren gilt. Hierzu wurden im Rahmen des Landesprogramms bzw. in Anlehnung und Abstimmung mit dessen Zielen und Leitlinien Möglichkeiten und Projekte geschaffen, das erforderliche Wissen zu vermitteln, Werthaltungen und Teilhabe zu fördern sowie zur Übernahme von Verantwortung und Engagement in Staat und Gesellschaft zu ermutigen und zu befähigen.

Alle Aktivitäten und Prozesse im Kontext von Demokratiebildung zielen letztlich auf die Vermittlung von Wissen über Demokratie als Lebens-, Gesellschafts- und Regierungsform, die Entwicklung demokratischer Urteils- und Entscheidungsfindung und die Vermittlung, das Einüben und Festigen demokratischen Handelns.

Dabei kommt vor allem der Schule eine besondere Bedeutung zu. Historisch-politische Urteilsfähigkeit und demokratische Haltungen und Handlungsfähigkeit sind Schlüsselkompetenzen, die bei Schüler*innen entwickelt und eingeübt werden müssen.

Dabei soll und muss die Schule ein Ort gelebter Demokratie sein, an dem die Würde des jeweils anderen großgeschrieben, Toleranz und Respekt gegenüber anderen Menschen und Meinungen geübt, Zivilcourage gestärkt, demokratische Verfahren und Regeln eingehalten und Konflikte gewaltfrei gelöst werden.

Eine herausragende Rolle spielt dabei, neben der Verankerung der demokratischen Bildung in den Kompetenzlehrplänen der einzelnen

DER FRIEDEN nach Aristophanes - Pralles Volkstheater mit Musik und Figuren

Theaterlandschaft e.V.

Kontakt

Kerstin Dathe

info@theaterlandschaft.de

HILFE! Die Friedensgöttin wurde gekidnappt! Nun herrscht Krieg zwischen Sparta und Athen.

Wie entsteht Krieg? Wer verdient am Krieg? Wer leidet darunter? Wieviel Mut haben wir noch für Zivilcourage? Wer guckt weg? Wer begehrt auf? Wer demonstriert? Mit dieser künstlerischen Arbeit wurde eine klare Gegenwelt zum multimedialen Heute geschaffen.

Absicht war, die Zuschauer humorvoll durchzurütteln, Lust zu machen auf eine friedliche Grundhaltung und zum Nachdenken anzuregen über Weltverbesserungsstrategien. „Der Frieden“ ist ein Stück pralles Volkstheater geworden - klar, direkt, humorvoll und böse. Die Mischung verschiedenster theatralischer Mittel ermöglicht einen direkten und bildhaften Zugang zur Geschichte. Durch die Überzeichnung der einzelnen Figuren unter Verwendung von Puppen, Masken und Musik wird die Komödien-Form unterstützt - und in dieser humorvollen Weise die Schwere des Themas leichter verdaubar.



Schulformen, vor allem die Arbeit der schulischen Netzwerke im Zusammenwirken mit außerschulischen Partnern der Demokratiebildung. Für diese Arbeit wurde in dieser Legislatur die Strukturen gefestigt und die Ressourcen erweitert.

Insbesondere das Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ hatte in der zurückliegenden Legislaturperiode bei der Veran-

kerung der hier definierten Ziele eine maßgebliche Rolle. 150 Schulen in Sachsen-Anhalt sind im Netzwerk aktiv, alle Schulformern sind vertreten, insbesondere bei Grundschulen und berufsbildenden Schulen konnte der Anteil in dieser Legislaturperiode gestärkt werden. Dies ist u. a. auf zielgruppengerechte Bildungsangebote wie das Medienpaket zum Thema Holocaust zurückzuführen.

Auch strukturell wurde das Netzwerk im Berichtszeitraum gestärkt, so stehen inzwischen annähernd in allen Landkreisen und kreisfreien Städten regionale Koordinierungsstellen zur Verfügung, mit dem Burgenlandkreis erhält der letzte Landkreis zum 1.7.2021 eine Regionalkoordination.

Um diese regionale Grundversorgung sowie die landesweite Vernetzung der Schulen und Bildungsakteur*innen zu gewährleisten, wurden die Haushaltsmittel für das Landesnetzwerk von 100.000 € jährlich auf 150.000 € angehoben. Am jährlichen Landestag des Netzwerks beteiligen sich inzwischen mehr als 100 Schulen und ca. 800 Personen, damit ist diese Veranstaltung das größte Schülertreffen des bundesweit über 3000 Schulen umfassenden Netzwerks.

Durch ein modernes datenschutzrechtlich sicheres Verfahren beim Erlangen des Titels im Jahr 2020, aber auch durch zunehmende digitale Formate zeigte und zeigt sich das älteste Schulnetzwerk Deutschlands nicht nur als erfahren, sondern auch als innovationsfähig.

„Lernen durch Engagement“ hat in Sachsen-Anhalt eine langjährige Tradition: Bei der Verbreitung und Verankerung von Lernen durch Engagement als Beitrag zur Demokratiebildung und zur Stärkung der Demokratiekompetenz junger Menschen blickt das Bundesland auf eine lange Geschichte zurück und nimmt bei der bildungspolitischen Verankerung und bundesweiten Verbreitung von Service-Learning – Lernen durch Engagement (LdE) eine bedeutende, wenn nicht sogar eine Vorreiter-Rolle ein. Bereits seit

2001 wird in Sachsen-Anhalt die Engagementförderung an Schulen unterstützt. Die Kooperationsvereinbarung aus dem Jahr 2008 wurde 2017 erneuert, fortgeschrieben und aktualisiert. Ziel dieser Kooperation ist die weitere Etablierung, strategische Weiterentwicklung und qualitätsvolle Umsetzung von Lernen durch Engagement an Schulen aller Schulformen in Sachsen-Anhalt. Auch wurden in den vergangenen Jahren bereits in einigen Schulen verschiedener Schulformen in Sachsen-Anhalt LdE-Wahlpflichtkurse eingeführt und fest etabliert. Die vom Ministerium für Bildung geförderte Netzwerkstelle hat seit 2011 weit mehr als 1.000 Lehrer*innen qualifiziert. Aktuell gibt es 40 LdE-Schulen in Sachsen-Anhalt, Tendenz in allen Schulformen steigend. Mit Fördermitteln des Landesprogramms wurde das Planspiel „DemoVersum“ entwickelt. Damit können Jugendliche zwischen 13 und 18 Jahren lernen, eine Verbindung zwischen dem abstrakten Begriff „Demokratie“ und ihren Lebensbereichen herzustellen. Durch gezielte Reflexionsfragen erkennen sie einen demokratischen Sinn in den eigenen Lebensbereichen und dadurch auch im eigenen freiwilligen Jugendengagement.

Darüber hinaus lernen sie mit den Spielen demokratische Umgangsformen für ein gutes Miteinander in Teams und anderen zwischenmenschlichen Beziehungen. Auch die Erinnerungskultur ist Teil historisch-politischer Bildung und somit auch Gegenstand des schulischen Lernens. Außerschulische Lernorte wie Gedenkstätten oder Orte jüdischen Lebens stellen bereichernde Zugänge zur demokratischen Bildung dar. Die Vor- und Nachbereitung sowie die Durchführung der Besuche führt zu einer vertieften erlebten Authentizität, da insbesondere die Erfahrbarkeit verschiedenster Perspektiven in Kombination mit derer Reflexion zur eigenständigen politischen Urteilsbildung führen kann.

Seit ihrer Gründung finanziert die Landeszentrale für politische Bildung schulische Bildungsfahrten zu Gedenkstätten im europäischen Kontext. Seit

OPENION – Bildung für eine starke Demokratie in Sachsen-Anhalt

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung GmbH

Kontakt

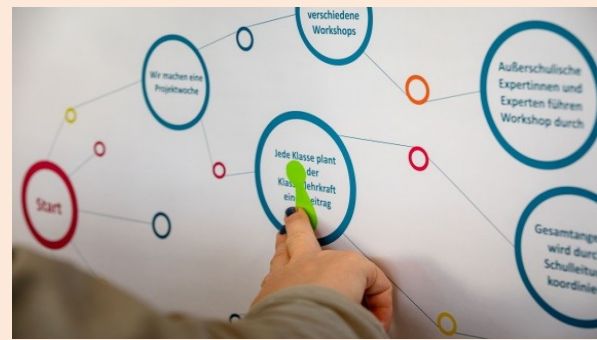
Matthias Labisch

0351 - 320 156 18

matthias.labisch@dkjs.de

www.openion.de

In lokalen Verbänden entwickeln erwachsene Begleitpersonen gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen zeitgemäße Praxisprojekte. Durch kreatives Ausprobieren und mutiges Selbermachen entstehen neue Impulse für die lebensnahe Demokratiebildung. Die DKJS begleitet und berät die lokalen schulart- und trägerübergreifende Projektverbände, vernetzt Landesaktivitäten und trägt zu einem systematischen Austausch und zu Qualifizierung und zur Stärkung der außerschulischen und schulischen Bildung bei. Ziel ist die Kooperation zwischen verschiedenen Akteursgruppen.



2014 ist es gelungen, dass Fahrten zu Gedenkstätten innerhalb Sachsen-Anhalts (in Kooperation mit der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt) durch eine Vollfinanzierung der Fahrtkosten für Schulen durchgeführt werden können. Zuletzt wurden die dafür zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel von 50.000 Euro auf 75.000 Euro erhöht. Die Zahl der Schulen, die dieses Angebot nutzen, steigt seitdem.

Seit vielen Jahren unterstützt und begleitet die Landeszentrale für politische Bildung Gedenkstättenfahrten ins europäische Ausland, hier insbesondere nach Polen, Weißrussland und in die Ukraine. Dabei konnte ein wirkungsvolles Netzwerk mit Partnern vor Ort etabliert werden,

Demoversum – Neun Spielstationen zum Nachdenken über Demokratie und Engagement

Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.
Netzwerkstelle „Lernen durch Engagement“

Kontakt

Juliane Kolbe
0345-135 027 65

juliane.kolbe@freiwilligen-agentur.de

Ziel der Entwicklung von Reflexionsmaterialien zum Thema „Demokratie und Engagement“ in Form des Spiels Demoversum für Jugendliche ist die Entwicklung von demokratischer Kompetenz. Das Demoversum besteht aus neun Spielstationen. Jede Station hat eine demokratische Teilkompetenz zum Gegenstand. Diese sind: Diskussion, Fairness, Gleichberechtigung, Freiheit, Gleichheit, Zusammenhalt, Toleranz, Kompromisse und Meinung. Dabei können die einzelnen Stationen unabhängig voneinander zum Einsatz kommen.

Jedem Demoversum liegen zudem eine Gesamt-Spiel-Einleitung, Stationenhefte und ein 40seitiges Begleitheft für die Anleitenden bei. Ein Bezug zum Engagement der Jugendlichen zu jeder der neun demokratischen Teilkompetenzen und zum Spielverlauf kann stets hergestellt werden. Demokratie kann dadurch als Lebensform erfahrbar werden und zeigt konkrete Verbindung zum eigenem Leben auf.



das es erlaubt ebenso attraktive, wie pädagogisch hochwertige Angebote sicherzustellen und auszubauen. So hat die Landeszentrale im Jahr 2020 eine Vereinbarung über die Intensivierung der weiteren Zusammenarbeit mit dem Museum Treblinka abgeschlossen – die erste Vereinbarung dieser Art, die das Museum mit einer Einrichtung aus Deutschland eingegangen ist. Die verfügbaren Mittel zur Förderung internationaler Gedenkstättenfahrten wurden zuletzt auf 100.000,00 € jährlich erhöht, womit eine Ausweitung und weitere Intensivierung dieser Fahrten ermöglicht wird.

Mit dem Medienpaket zur Shoah mit mehreren Buchpublikationen, einem Buch und einem Film für Grundschul Kinder inkl. pädagogischer Handreichung sowie einem Dokumentarfilm über die Begegnung einer Schulklasse mit einer Überlebenden in der Gedenkstätte/Museum Auschwitz stellt die Landeszentrale für politische Bildung Schulen und Bildungsträger*innen darüber hinaus nachhaltige Materialien zur Verfügung, die auch geeignet sind, Gedenkstättenfahrten vor- und nachzubereiten. Das im November 2019 in der Landeszentrale für politische Bildung neu erschienene Schülerlesebuch „Und du stehst dort“ zeigt eindrücklich die nachhaltige Wirkung der hier beschriebenen Maßnahmen.

Bildungswochen gegen Rassismus 2018-2021

Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage c/o Friedenskreis Halle e.V.

Christof Starke und Marie Alpermann
0345/27980710

koordination@bildungswochen.de,

starke@friedenskreis-halle.de,

<https://bildungswochen.de>

Menschen unterschiedlicher Hintergründe begegnen sich in (Bildungs-)Veranstaltungen und Initiativen im Stadtteil, setzen sich mit menschenfeindlichen Parolen, verinnerlichtem Rassismus und eigenen Vorurteilen auseinander und entwickeln Ideen, um dagegen anzugehen.

Es wird Hintergrundwissen zu Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Diskriminierung, Rechtspopulismus etc. an unterschiedliche Zielgruppen vermittelt und diskutiert. Jedes Jahr im März veranstaltet "Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage" die vierzehntägigen Bildungswochen gegen Rassismus in Halle (Saale).



Darüber hinaus hat das Land Sachsen-Anhalt im Jahr 2017 eine gemeinsame Absichtserklärung mit Yad Vashem - Internationale Holocaust-Gedenkstätte unterzeichnet mit dem Ziel, die Zusammenarbeit zu fördern und zu vertiefen. Die Kooperation beinhaltet vor allem Fortbildungen für Lehrkräfte sowie Multiplikatoren aus dem Bereich der Demokratiebildung, um die Themen jüdisches Leben und Holocaust Education noch professioneller in der Demokratiebildung zu verankern.

Mit dem Beschluss des Landtages „Stärkung von Demokratie und Verfassung in den Schulen fördern“ vom 20.06.2019 wurde die Landesregierung gebeten, einen Handlungsleitfaden für Schulen zu erarbeiten. Aus diesem Auftrag heraus entwickelte das Ministerium für Bildung gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung, dem Landesschulamt und dem Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung den "Handlungsleitfaden für Demokratiebildung in der Schule. Herausforderungen, Handlungsoptionen und Material für die pädagogische Praxis in Sachsen-Anhalt". Dieser versteht sich als praxisorientiertes Arbeitsinstrument für Pädagog*innen, sowohl in der schulischen als auch in der außerschulischen Demokratiebildung.

Im Bereich der politischen Erwachsenenbildung wurden Handlungsempfehlungen zur Kontinuität und Erneuerung auf den Weg gebracht. Diese sind eine Fortschreibung eines Projektes des Landesausschusses für Erwachsenenbildung (LAEB) und der Landeszentrale für politische Bildung.

MOSAİK — Bildungs- und Beratungsstelle für Demokratie, Recht und Freiheit

Stiftung SPI - Sozialpädagogisches Institut Berlin »Walter May«

Kontakt

Hendrik Albrecht

0162 611 39 79

mosaik@stiftung-spi.de

Präsenzworkshops oder Onlineseminare und Fallarbeit im Interesse von Demokratieförderung gegen ideologisch motivierte Delinquenz und politische Militanz junger Menschen werden für Fachkräfte in Schule und Jugendarbeit angeboten. Inhaltliche Schwerpunkte sind

Demokratie- und Menschenfeindlichkeit, Verschwörungstheorien, Radikalisierungsverläufe, antisemitische und rassistische Ungleichwertigkeitsideologien und

Phänomene im virtuellen Raum wie fake News und Hate-Speech. Ziel ist die Stärkung demokratischer Handlungskompetenzen, die Sensibilisierung für Radikalisierungsprozesse und das Empowerment pädagogischer Fachkräfte

3.4. Kulturelle und religiöse Vielfalt: Migration, Integration und Internationalisierung als Maßnahmen gegen Rassismus

Der Anschlag in Halle und Hanau hat das gesellschaftliche Zusammenleben auf den Prüfstand gestellt. Die menschenverachtenden Gewalttaten haben die Menschen in Sachsen-Anhalt zutiefst erschüttert. Diese Anschläge haben uns vor Augen geführt: Menschenrechte, die Achtung der Menschenwürde und ein gewalt- und diskriminierungsfreies Miteinander bilden ein kostbares Gut, das es zu schützen gilt. In diesem Sinne fördert das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit Maßnahmen zur Prävention von Rassismus und Antisemitismus sowie zur Stärkung von kultureller und religiöser Vielfalt.

Die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt ist in den vergangenen fünf Jahren vielfältiger geworden – Vielfalt ist gesellschaftliche Realität. Die kulturelle, sprachliche und religiöse Diversität prägt un-

ser Zusammenleben und bereichert es auf unterschiedlicher Art und Weise.

Auf der anderen Seite sind nach wie vor ablehnende und feindselige Haltungen gegenüber Zuwanderung bzw. Gruppen von Menschen, die als „fremd“ etikettiert werden, zu beklagen. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, die sich gegen Menschen unterschiedlicher Herkunft, Nationalität, Hautfarbe oder Religion richtet, äußert sich zunehmend ungehemmt in Ausgrenzung, Alltagsdiskriminierung bis hin zu tätlichen Angriffen.

Die überwiegende Mehrheit der Menschen ist von Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit überzeugt. Die Menschen in Sachsen-Anhalt erkennen, dass eine vielfältige und diverse Gesellschaft eine reichere und zukunftsfähigere Gesellschaft ist. Durch eine gezielte Unterstützung der Begegnungs- und Integrationsarbeit wurde das Bewusstsein dafür gestärkt, dass eine diverse Gesellschaft keine Gefahr darstellt, sondern Ressourcen und Potenziale mit sich bringt, welche das Gemeinwesen kulturell, wirtschaftlich, sozial und demografisch stärkt.

Die Unantastbarkeit der individuellen Würde jedes Menschen und die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz sind elementare Grundbedingungen eines friedlichen Zusammenlebens in einer pluralen Gesellschaft. Das Eintreten für diese Werte erfordert die Solidarität sowie politische Haltung und Unterstützung aller gesellschaftlichen Kräfte, insbesondere wenn es darum geht, den Schutz vor Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt sicherzustellen sowie entsprechende Unterstützungs- und Beratungsangebote für Betroffene zu gewährleisten und ausbauen. Das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit fokussiert auf die Entwicklung Sachsens-Anhalts zu einer interkulturell sensibilisierten, weltoffenen, pluralen und demokratischen Gesellschaft. Neben spezifischer

Weltoffenheit Übern Gartenzaun

Kleingartenverein Angersdorfer Teiche e.V.

Kontakt

Steffen Reschke

0177 8430635

angersdorfer.teiche.ev@gmail.com

Durch Öffnung der Gedankenwelt soll die Akzeptanz religiöser, kultureller, ethnischer und sexueller Vielfalt gefördert und gestärkt werden, indem die Mitglieder aller Kleingartenvereine in Halle in die Lage versetzt werden, bewusster mit dem Thema Vielfalt umgehen zu können. Erfahrungsaustausch, Informationsmaterialien sowie die Gestaltung eines Gartens der Weltoffenheit als Treffpunkt der Vielfalt und des kulturellen Austausches sind Ausdruck der existierenden kulturellen Vielfalt. Durch den Kontakt zu Netzwerken wurden viele Synergieeffekte und eine umfassende Nachhaltigkeit dieses Modellprojektes erzielt.

Schwerpunkte waren Möglichkeiten der Integration ins Vereinsleben und der Abbau von Vorurteilen gegenüber kultureller Vielfalt



kultureller und religiöser Vielfalt sind das vor allem Sprachkenntnisse, Welterfahrung sowie Erfahrungen im Umgang mit neuen Lebens- und Arbeitssituationen. Dementsprechend werden

die Menschen, die nach Sachsen-Anhalt kommen, u.a. mit Unterstützung der Maßnahmen des Landesprogramms willkommen heißen und dafür gesorgt, dass sie sich hier wohlfühlen.

Das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit richtet sich sowohl an migrantische Communities und Selbstorganisationen als auch zivilgesellschaftliche oder staatliche Unterstützungs-, Beratungs- und Begleitstrukturen der Integrationsarbeit. Einziges Ziel ist, den Zusammenhalt einer vielfältigen und interkulturell geöffneten Gesellschaft zu stärken.

Mit dem Landesprogramm wurde dafür gesorgt, die Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in der Gesellschaft auf allen Ebenen zu stärken. Durch vielfältige Projekte wurde ein auch in Zukunft unverzichtbarer Beitrag zur Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung geleistet.

Die Förderung des kulturellen und religiösen Dialogs zwischen der Aufnahmegesellschaft und Migranten*innen ist ein wesentliches Anliegen dieses Landesprogrammes. Gleiches gilt für die Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements mit dem besonders Augenmerk auf die zahlreichen ehrenamtlichen Willkommensbündnisse, Vereine, Bündnisse gegen Rechts und anderen gemeinnützigen Organisationen, denen es um die Stärkung eines demokratischen Gemeinwesens geht. Dank der Kooperationen unter dem Dach des Landesprogramms konnte das Engagement von Initiativen, Organisationen und Vereinen gegen Rassismus und Diskriminierung umgesetzt werden – sowohl in den Städten als auch auf dem Land. Dadurch konnte vielerorts die Integration in die Kommunen und in das Gemeinwesen erleichtert werden.

Die im Landesprogramm geförderten Projekte zielten neben der Stärkung eines gelingenden interkulturellen Zusammenlebens auch auf individuelle persönlichkeitsbildende Aspekte wie interkulturelle Kompetenz unter Jugendlichen.

Jüdisches Leben und Antisemitismus

Sprachbrücke Halle e.V.

Kontakt:

Annett Rauch

0345-17106462

info@sprachbruecke-halle.de

Ziel des Projektes war das Stärken der Wahrnehmung für Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und antidemokratische Einstellungen und die nachhaltige Förderung des Demokratieverständnisses, des toleranten, weltoffenen Denkens und eine, dementsprechende Erziehung der Kinder.

Frauen und Jugendliche aus dem arabischen Kulturkreis empfanden eine Annäherung von Menschen arabischer Herkunft an die jüdische Geschichte unter besonderer Beachtung des Holocaust in Begegnung auf Augenhöhe und ohne Vorurteile.

Im Jüdischen Museum in Berlin erhielt die Gruppe im Rahmen eines Projekttagess grundsätzliche Informationen zur Geschichte und Kultur der jüdischen Bevölkerung. Im Hauptteil des Projektes wurden die sichtbaren, aber auch die kaum wahrnehmbaren Parallelen zwischen der islamischen und jüdischen Geschichte und Kultur sowie die Parallelen zwischen Antiislamismus und Antisemitismus erarbeitet.

Der bestehende Antisemitismus im Einfluss des Nahostkonfliktes beeinflusst dabei das Denken und die Wahrnehmung der Teilnehmerinnen.

Die eigenen Verfolgungs- und Fluchterfahrungen riefen intensive emotionale Auseinandersetzungen mit parallelen Themen der jüdischen Geschichte her-



vor.

Ein Teil der vielfältiger werdenden Zivilgesellschaft artikuliert sich zunehmend im Rahmen von Migrant*innenorganisationen als Expert*innen in Integrationsfragen. Das Landesprogramm stärkt diese Entwicklung durch inhaltliche und methodische Schulungen, Kompetenzbildung, Engagementförderung und Empowerment.

Migrantenorganisationen leisten in unserer Demokratie einen wesentlichen Beitrag für kulturelle und religiöse Vielfalt und sind soziale Anlaufstelle, die Kulturen vermitteln. Ihr vielfältiges Engagement für gesellschaftliche Teilhabe möchte das Land in Zukunft noch stärker nutzen.

Das Landesprogramm unterstützt vor diesem Hintergrund insbesondere folgende Maßnahmen:

- Interkultureller Dialog, Begegnungsformate, ehrenamtliches Engagement für bzw. mit Geflüchteten
- Stärkung der Demokratie im ländlichen Raum
- Anreize für diversitätsorientierte Verwaltungen und anderen Organisationen
- Vermittlung interkultureller Kompetenz an Fachkräfte in Bildungseinrichtungen, in der Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung
- Bildungs- und Ausbildungsinitiative für geflüchtete Kinder und Jugendliche
- verbesserte Anerkennung von Qualifikationen und Nutzung von fachlichen Ressourcen der Migrant*innen
- Förderung ihrer Mitwirkung an der Gestaltung des Gemeinwesens
- Stärkung von Migrantinnenorganisationen, geschlechtersensible Maßnahmen und Unterstützungsangebote.

Demokratie vermitteln und gestalten - regional, lebendig und engagiert

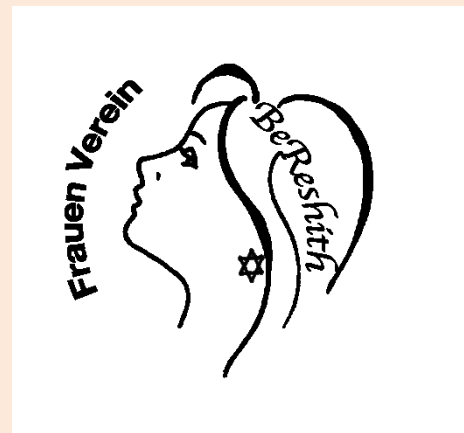
BeReshith e.V

Kontakt

0391-727 48 45

bereshith@web.de

Insbesondere Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung sowie Jüdische Zuwanderer setzen sich mit demokratischer Kultur, menschenrechtsorientierten Werten und gesellschaftspolitischer Handlungskompetenzen auseinander und reflektieren die politischen Ereignisse kritisch, um eine eigene Sichtweise darauf zu entwickeln. Die Teilnehmenden werden ermutigt, aktiv an dem sozial-politischen Leben der Gesellschaft teilzuhaben, sich für Demokratie, Vielfalt und Toleranz einzusetzen, persönliche Meinungen zu äußern und die erworbenen Kenntnisse in Ihrem Umfeld weiterzugeben. Die Teilnehmenden kommen aus unterschiedlichen Kulturen und sprechen verschiedene Sprachen. Sie sind sensibel für Themen wie Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit, Verfolgung und Ausgrenzung und befassen sich auch mit der Geschichte ihres eigenen Landes sowie ihrer neuen Heimat.



MITTENDRIN — Lebensgeschichten unserer Stadt

Zeit-Geschichte(n)-Verein für erlebte Geschichte

Kontakt

Juliane Bischoff

0345-2036040

mittendrin@zeit-geschichten.de

Ziel ist die Vermittlung von Wissen über die jüdische Geschichte und Gegenwart der Stadt Halle – auch über den Nationalsozialismus hinaus sowie die Prävention und Abbau von Antisemitismus und Rassismus durch Sensibilisierung für Themen des Judentums.

Anhand des Kunstprojektes Stolpersteine sowie auf der Grundlage des historischen Quellenmaterials und der Recherchen unseres Vereins werden jüdische Lebensgeschichten aus der Stadt Halle thematisiert und ein Bezug zur unmittelbaren Umgebung der Projektteilnehmenden hergestellt. Damit möchte der Zeit-Geschichte(n) Verein dem in der gesamten Gesellschaft erstarkenden Antisemitismus gerade nach dem Anschlag in Halle begegnen



3.5. Medienkompetenz in einer digitalen Zivilgesellschaft

Die digital-vernetzten Technologien als Kommunikations-, Informations-, und Unterhaltungswerkzeuge sind in nahezu allen Lebensbereichen omnipräsent. Die Mediatisierung wirkt sich stets und immer schneller auf gesellschaftliche, politische und kulturelle Entwicklungen aus. Der Zugang zum Internet und die Fähigkeit digitale Medien reflektiert, kritisch und kreativ zu nutzen, ist ein Schlüssel für Teilhabe und Beteiligung in einer demokratischen, offenen und pluralisti-

schen Gesellschaft. In vielen Fällen haben sich digitale Plattformen als interaktive Räume für freie Meinungsbildung und -äußerung entwickelt und zum Abbau kommunikativer Schranken zwischen Zivilgesellschaft und politischen Akteur*innen beigetragen. Gerade im Verlauf der Corona-Pandemie konnten physische Distanzen mit digitalen Werkzeugen überwunden und Menschen für bürgerschaftliches Engagement, sowohl online als auch offline, gewonnen werden.

Herausforderungen gesellschaftlicher Integration gemeinsam verstehen und bearbeiten

Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung, Verein zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V.

Kontakt

Tobias Pabel und Hagen Berndt

03901-3089136

konfliktberatung@vfb-saw.de

Web: KKB | www.vfb-saw.de

Kommunen im Umgang mit und bei der Bearbeitung von Integrationskonflikten, die Aspekte von Radikalisierung aufweisen, zu unterstützen und diese Prozesse wissenschaftlich auszuwerten ist Aufgabe dieses Projektes. Demokratiefeindlichkeit und (rechts-extreme) Mobilisierung im ländlichen Raum soll von kommunalen Entscheidungsträger*innen begegnet werden können.



Die digitale Vernetzung bringt vielfältige Potenziale für ein demokratisches Zusammenleben hervor. Gleichzeitig bietet die fortschreitende Digitalisierung die Möglichkeit zur Verbreitung von Falschinformationen, zu Verschwörungserzählungen und demokratiefeindlichen Diskursen.

Die emotional geführten Desinformationskampagnen, häufig gepaart mit Diffamierung Andersdenkender, haben scheinbar die Kraft diverse Protestgruppen zu einigen und ihre antidemokratische Haltung in die Öffentlichkeit zu tragen. Die zahlreichen Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen sind ein besorgniserregendes Signal für gesellschaftliche Spaltungen in digitalen und analogen Räumen. Dem muss mit respektvollem Miteinander, digitalem Engagement und Zivilcourage konsequent begegnet werden.

Angesicht menschenfeindlicher und aufhetzender Äußerungen in sozialen Netzwerken ist die Eindämmung von sogenannter Hassrede eine erhebliche Herausforderung, der nur mehrdimensional zu begegnen ist. Neben der zügigen und konsequenten Strafverfolgung, die in Sachen-Anhalt stets erfolgt, erwächst hieraus eben auch ein zivilgesellschaftlicher Auftrag mit dem Ziel mündiger, informierter, engagierter und urteilsfähiger Bürger*innen. Hier zeigt sich der Bedarf an Beratung und pädagogischen Angeboten. Zielgruppen sind dabei zum einen Heranwachsende, die aufgrund einer hohen Medienaffinität entsprechend häufig mit Hassrede konfrontiert sind, aber auch Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit, der schulischen Bildung, Berufsausbildung und Studium. Zum anderen sind Journalist*innen, Politiker*innen und zivilgesellschaftlich Engagierte häufig von Hassrede und Bedrohung betroffen. Auch sie benötigen Handlungsstrategien und Empowerment, um in Krisenfällen adäquat handeln zu können.

In den vergangenen Jahren war darüber hinaus eine Abwanderung demokratiefeindlicher und verschwörungsideologischer Gruppierungen und Akteur*innen aus den großen Social Media-Plattformen zu beobachten. Einhergehend mit Forderungen an die Plattformbetreiber, bei Hasskriminalität schneller und konsequenter zu reagieren, zeigt sich aber gleichzeitig ein größerer Zulauf auf andere Plattformen wie V-Kontakte, Discord, Steam, Parler, Gab oder

Netboy

Theater Poetenpack e.V.

Kontakt

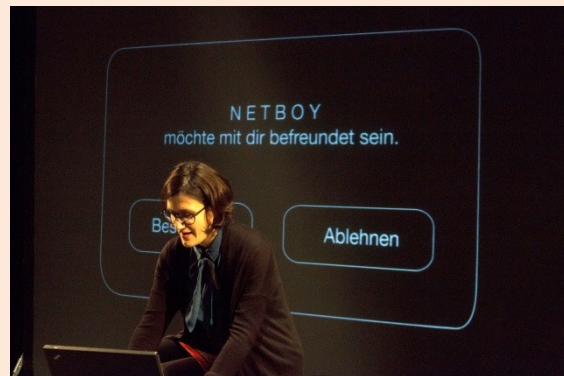
Andreas Hueck

0331.9512243

kunst-leitung@theater-poetenpack.de

www.theater-poetenpack.de

In dem Theaterstück »Netboy« ist Mobbing – vor allem Cybermobbing – das Grundthema, das junge Menschen zur Reflektion des Umgangs mit der Droge „Soziale Netzwerke“ einladen möchte. Die teilweise bedenkenlose Entblößung der Privatsphäre im Netz und die Gefahr, die damit verbunden ist, wird an der Geschichte der jungen Marie klar, die - gerade zur Klassensprecherin gewählt - systematisch zerstört wird. Der Schuldige ist „Netboy“, eine Bekanntschaft, die Marie im Netz macht. Netboy verleitet sie zu einer an sich harmlosen Tat, die sich als ein fataler Fehltritt entpuppt, als sie plötzlich unerwartet mit Fotos im Netz auftaucht.



Chan-Netzwerke. Darüber hinaus haben geschlossene Messenger-Gruppen in den vergangenen Jahren einen starken Zuwachs erfahren. Ein ständiges Monitoring derartiger Phänomene und ihren Akteur*innen erscheint unablässig, um passgenaue Präventions-, Netzwerk- und Beratungsarbeit herzuleiten.

Um Radikalisierung in digitalen und analogen Welten entgegen zu wirken, müssen extremistische Positionen erkannt und verstanden werden, um ihnen kritisch zu begegnen. Die Anschläge von Halle und Hanau haben gezeigt, dass Online-

interaktionen und Hassgruppen sowie Verschwörungsideologien verstärkend beziehungsweise kanalisierend wirken können. Echokammern und Filterblasen erwecken den Eindruck, im Namen einer vermeintlichen Mehrheit zu stehen und lässt einzelne auch vor äußerster Gewalt nicht zurückschrecken. Dass dies nicht nur für das einzelne Individuum, sondern auch für die Demokratie als solche eine Gefahr darstellt, zeigen auch die gewalttätigen Umsturzfantasien in sozialen Netzwerken, die sich praktisch auch in der Stürmung des US-amerikanischen Kapitols in Washington Bahn brachen.

Für die Entwicklung von Gegenstrategien zur Bekämpfung von Desinformation und Hassrede im Netz fördert das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit Bildungs- und Informationsangebote aus dem Bereich der Medienkompetenzvermittlung. Die Medienanstalt Sachsen-Anhalt sowie Akteur*innen aus dem Netzwerk Medienkompetenz Sachsen-Anhalt nehmen sich ebenfalls den Phänomenen an und halten Angebote für einen souveränen und kritischen Umgang mit digitalen Medien für Heranwachsende, Eltern und Multiplikatoren vor. Für Heranwachsende, Erziehende und Fachkräfte stellt die vom Land geförderte Servicestelle Kinder- und Jugendschutz zielgruppenspezifische Präventionsangebote bereit, um Multiplikator*innen und junge Menschen über aktuelle

Gefährdungsdimensionen aufzuklären und Medienkompetenz und Demokratiebildung zu stärken. Darüber hinaus unterstützt das Projekt Fairsprechen von fjp>media Zivilcourage gegen Hass im Netz und berät Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung, Journalismus und Pädagogik.

Der Beirat des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit setzt sich als Reaktion auf den Anschlag in Halle am 09. Oktober 2019 dafür ein die Präventionsarbeit mit Fokus auf Internet und Soziale Medien zu stärken. Neben den sicherheitspolitischen Maßnahmen, wie

Internetstreife der Polizei oder vereinfachte Online-Anzeigenerstattung, braucht es Initiativen zur Stärkung der Medienkompetenz und der

Politik – was geht mich das an? hate speech – was geht mich das an?!

HVHS Akademie Haus Sonneck

Kontakt

03445-703153

akademie-sonneck@web.de

„hate speech – was geht mich das an?!“

Wie groß ist die Medienmacht? Sind wir ihr ohnmächtig ausgeliefert? Gibt es Möglichkeiten die Medien zu kontrollieren und wer macht das? Diesen und vielen anderen Fragen wollten die Teilnehmenden nachgehen und selbst medial aktiv werden. Dabei wurden aktuelle politische Ereignisse einbezogen.

„Menschenrechte/Flüchtlinge – was geht mich das an?!“ Wie leben Menschen in Krisengebieten?

Unter Anleitung von Filmemachern wurde dazu ein Kurzfilm gedreht.

Schwerpunkte des Projekts waren Vermittlung von Wissen zum Thema Demokratie, soziale Netzwerke und Politik und das Hinterfragen des eigenen Verhaltens im digitalen Netz.



eine deutliche Ausweitung der präventiven Beratungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen, mit denen pädagogische Fachkräfte, Lehrkräfte, aber auch Schüler*innen in die Lage versetzen, gegen menschenfeindliche Positionen im Internet einzutreten. Medienkompetenz muss fester Bestandteil des Ausbildungskanons und der Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte sowie für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe und der offenen Jugendarbeit werden.

„Fairsprechen“ von fjp>media

unterstützt Zivilcourage gegen Hass im Netz. Es informiert, berät und ermutigt insbesondere Personen und Institutionen, die mit Hass und Hetze im Netz konfrontiert sind. Neben den unmittelbar Betroffenen im Netz sollen auch die Mitlesenden gestärkt werden, sich gegen Hass, Diskriminierung und Ausgrenzung einzusetzen.

Betroffene erhalten Rat zu medienrechtlichen Fragen sowie möglicher zivil- und strafrechtlicher Rechtsverfolgung. Neben der Beratung setzt das Projekt auf Information zu Wirkungsweisen von Hass im Netz, zu erfolgversprechenden Formen der Gegenwehr und zu rechtlichen Fragen sowie zu Möglichkeiten der Strafverfolgung. Dazu berät und bildet das Projekt zivilgesellschaftliche und staatliche Akteur*innen aus dem Bereich der demokratischen Bildung, aber auch Betroffene von Hass und Hetze im Netz. Bei Workshops und Seminaren vermittelt das Projekt konkret Methoden eines pädagogischen Angebotes zur Selbstwahrnehmung, der Einübung sozialverträglichen Medienhandelns, zur kritischen Auseinandersetzung mit dem eigenen Verhalten und der Aufklärung und der Etablierung geeigneter Schutzmaßnahmen als Formen der angemessenen Intervention bei Hass im Netz.



3.6. Jugendarbeit für eine demokratische Zukunft

Die Landesregierung hat in den letzten Jahren darauf hingewirkt, die Jugendarbeit zu stärken und eine partizipative und ressortübergreifende eigenständige Jugendpolitik zu etablieren. Die Jugend kann sich und ihre Perspektiven in ein demokratisches Gemeinwesen einzubringen.

Der 7. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung aus dem Jahr 2020 untersucht die Situation junger Menschen in Sachsen-Anhalt. Im Rahmen seiner Erstellung wurden Jugendliche zu ihren Perspektiven befragt. Ihr Blick auf die Themen Demokratieförderung und Engagement

haben im Bericht einen hohen Stellenwert. Das Land arbeitet daran, seine Politik jugendgerecht zu gestalten, d.h. es will die Belange von Jugendlichen wesentlich mehr mitdenken und politisch realisieren und dafür Sorge tragen, dass diese auf allen Ebenen und in allen einschlägigen Handlungsfeldern... konsequent einbezogen werden.“ (7. KJB der Landesregierung, S.259). Dabei hat das Land zahlreiche Aktivitäten entfaltet. Ein Beispiel dafür ist eine Soll-Bestimmung zur Beteiligung von Kinder- und Jugendlichen im Kommunalverfassungsgesetz.

Auch aus dem Landesprogramm wurden Aktivitäten der Jugendverbände, der Jugendbildungsträger*innen und anderer Verbände gefördert, die das Engagement junger Menschen unterstützen. Die Förderung der Modellprojekte „Landeszentrum Jugend + Kommune“ des Kinder Stärken e.V. und „Jugend Macht Zukunft“ des Kinder- und Jugendrings Sachsen-Anhalt e.V. ist fester Bestandteil der Förderung aus dem Landesprogramm.

Herausragend war der im Rahmen des Landesprogramms am 29. August 2018 gemeinsam mit Jugendverbänden gestaltete Fachtag zu „Mitmachen-Mitwirken: Chancen und Herausforderungen für Kinder- und Jugendbeteiligung in Sachsen-Anhalt“, dessen Ergebnisse sowohl in den 7. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung als auch in das Jugendpolitische Programm der Landesregierung eingeflossen sind.

Die Arbeitsgruppe „Schule und Gemeinwesen“ des Landesprogramms arbeitet seit 2019 daran, bestehende Schulnetzwerke und Projekte zu vernetzen, Handlungsansätze zu bilanzieren und Perspektiven politischer Bildung zur Stärkung der Demokratie an der Schnittstelle zwischen Schule und Gemeinwesen weiter zu entwickeln. Mit dem Projekt OPENION in Kooperation mit der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung initiieren Akteur*innen vor Ort Kooperationen zwischen Schule und außerschulischen Partnern im Bereich Demokratiebildung und entwickeln diese nachhaltig weiter. Die Förderung der Arbeit der

Jugendverbände und der außerschulischen Jugendbildung wurde im Rahmen einer Richtlinienänderung verbessert. Die Aktivitäten junger Menschen im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie wurden durch eine flächendeckende Einrichtung von Jugendforen und deren Begleitung gestärkt. Das Jugendforum wird von den Jugendlichen selbst geleitet und organisiert. Regelmäßig finden Treffen statt, bei denen sich Jugendliche zwischen 14 und 27 Jahren über ihre Vorstellungen, Wünsche und Projektideen austauschen und über Vorhaben demokratisch entscheiden.

Möglichkeitenraum Südpark

Mio e.V.

Kontakt

Maika Fraas

info@mio.world

www.amsüdpark.de

Wie stellen sich Kinder und Jugendliche unterschiedlicher Herkunft ihren Stadtteil Südpark Halle vor? Wie wollen sie hier miteinander leben? Den Stadtteil und die Nachbarn mit anderen Augen zu betrachten und eigene Potentiale bei der Gestaltung des Lebensumfelds zu entdecken erlebten Kinder in vier Modulen:

Südpark Filme – interkultureller Austausch über Filmclips

Südpark Magazin – Positives im Quartier einer Öffentlichkeit zugänglich machen

Südpark Orte – Identifikationsräume schaffen

Südpark Vielfalt – mehr Möglichkeiten für Beteiligung

Das Projekt wurde online über einen Art Blogg begleitet (www.amsüdpark.de). Die Kinder konnten ihre eigenen Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten erkennen, ein eigenes online-Magazin entwickeln und Methoden des Publizierens erlernen (digital, analog, Film, Audio, Foto, Collage ...)



Die Förderung aus dem Landesprogramm ergänzt durch die Finanzierung innovativer Modellprojekte die reguläre Jugendarbeit im Bereich Partizipation, Beteiligung und Demokratiebildung und trägt zur Weiterentwicklung der

Methodenvielfalt in Projekten der Jugendbeteiligung bei.

Das Landesprogramm unterstützte Aktivitäten des Jugendengagements und der Jugendbildungsträger*innen, die menschen- und demokratiefeindlichen Tendenzen entgegenwirken und die Selbstorganisation von Interessen junger Menschen und die politische Jugendbeteiligung stärken.

WIR gemeinsam für kulturelle und religiöse Vielfalt in Sachsen-Anhalt

Katholische Erwachsenenbildung im Land Sachsen-Anhalt e.V.

Kontakt

Cathrin Kubrat und Mathias Kühne

0391-5628276

projekt@keb-sachsen-anhalt.de

www.keb-sachsen-anhalt.de

Mit dem Ziel der Interkulturellen Öffnung von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und kommunalen Verwaltungen werden in Fortbildungen und Beratungen die teilnehmenden Mitarbeitenden befähigt, kulturelle und religiöse Vielfalt bewusst zu gestalten. In den Veranstaltungen werden spezifische Fragestellungen und Erfahrungen aus dem (Berufs-)Alltag aufgegriffen und persönliche Einstellungen und Haltungen wie auch gesellschaftliche Rahmenbedingungen reflektiert und weiterentwickelt. Als besonderen Schwerpunkt setzt das Projekt auf die Auseinandersetzung mit antimuslimischem Rassismus. Die Bereitschaft, sich auf einen gruppenspezifisch erfahrungsbezogenen und selbstreflexiven Lernprozess einzulassen, ist erforderlich.



Beispielhaft dafür sind die Projekte „Wahlort4“ vom Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V. sowie das Projekt „Möglichkeitsraum Südpark“ vom Mio e.V. aus Halle (Saale). Das Projekt „Wahlort4“ unterstützte u.a. Einrichtungen der Jugendarbeit, Jugendverbände und Schulen darin, U18-Wahllokale einzurichten. Junge Menschen erhielten einen Ort, an dem sie über ihre Zukunft und ihre Interessen ins Gespräch kamen und sich mit den Regeln für demokratische Wahlen und deren Verankerung in der Verfassung auseinandersetzen konnten. Das Projekt „Möglichkeitsraum Südpark“ bestärkte Kinder und Jugendliche des Quartiers Südpark in Halle-Neustadt darin, sich an der Entwicklung ihres Quartiers zu beteiligen und dabei eigene Möglichkeiten zu erkennen, Verantwortung zu übernehmen. Über verschiedene Beteiligungsformate und -projekte haben junge Menschen durch gemeinsames Agieren und den interkulturellen Austausch ihr Lebens- und Wohnumfeld in Halle-Neustadt vielfältig gestaltet.

Die Zukunftslotsen

Zeitgeist e.V.

Kontakt

Dr. Thomas Mehlhausen

0174 8383 607

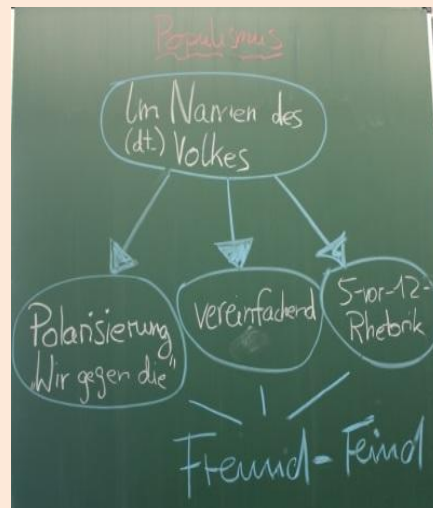
t.mehlhausen@zeitgeist-bildung.de

www.zeitgeist-bildung.de

„Die Zukunftslotsen“ ist eine Veranstaltungsreihe an Schulen zum Thema

„Populismus und die Zukunft unserer Demokratie“. In den Workshops entwerfen die SchülerInnen nach einer Heranführung an die Themen Demokratie und Populismus mögliche

„Zukünfte“ für das Jahr 2040, die sie abschließend szenisch präsentieren und diskutieren. Damit veranschaulichen sich langfristige Konsequenzen heutiger politischer Entscheidungen und machen so Politik greifbar und konkret erfahrbar. Das Denken an Alternativen verdeutlicht, dass die Zukunft gestaltet werden kann.



Youth on the Run

DRK Landesverband Sachsen-Anhalt e.V., Betriebsteil Freiwilligendienste

Kontakt

Katja Fischer

0345-279532510 o. 0176 634 66914

katja.fischer@sachsen-anhalt.drk.de

In Rollenspielen werden allen Teilnehmenden neue Identitäten als Teil einer Flüchtlingsfamilie zugewiesen. Als Familie müssen sie in den verschiedenen Szenen etliche Hürden meistern, um ihren Fluchtweg zu bestreiten. Angefangen bei bürokratischen Bürosituationen über abenteuerliche Fluchtaktionen bis hin zur Verhaftung durch die Polizei – das Rollenspiel beinhaltet jede denkbare Situation, die Flüchtlinge auf ihren langen Weg der Flucht durchstehen müssen. Das Rollenspiel dauert insgesamt 24 Stunden und garantiert den Teilnehmenden eine intensive Selbsterfahrung. Mit dieser sehr nahegehenden Erfahrung setzen sich die Betroffenen sehr intensiv mit der Flüchtlingsthematik und dem Völkerrecht auseinander.

Die Teilnehmenden erleben selbst, wie sich „Integration“ in Deutschland für Geflüchtete anfühlt und auf welche Hürden sie dabei stoßen



3.7. Vielfalt in der Arbeits- und Unternehmenswelt

Mit dem Landesprogramm bekennt sich Sachsen-Anhalt zu einem vorurteilsfreien und demokratischen Miteinander in der Ausbildungs- und Unternehmenswelt, in der Vielfalt als Chance wertgeschätzt wird. Die Zusammenarbeit von

unterschiedlichen Menschen setzt eine entsprechende Unternehmenskultur voraus. Denn Vielfalt im Unternehmen entsteht nicht von allein. Eine an den Grundsätzen von Diversity orientierte Arbeitswelt sichert eine weltoffene und wertschätzende Unternehmenskultur, in der Menschen aus aller Welt mit einer Vielzahl an unterschiedlichen Werten, Ansprüchen, Lebensstilen,

RESPEKT. Aktiv für Teilhabe und gegen Diskriminierung

KinderStärken e.V. – Institut an der Hochschule Magdeburg-Stendal

Kontakt

Prof. Dr. Katrin Reimer-Gordinskaya Hochschule Magdeburg-Stendal

03931 - 2187 3821

katrin.reimer@h2.de

Benjamin Ollendorf

KinderStärken e.V.

Hochschule Magdeburg-Stendal

0157 5590 9631

benjamin.ollendorf@kinderstaerken-ev.de

Website: www.respekt-netzwerk.de

Der Aufbau einer Homepage als zentrale Plattform für Aktivitäten gegen Diskriminierung dient der Information über Diskriminierung und wo Beratung zu finden ist.

Zudem wurde ein Online-Mitteilungsbogen entwickelt, mit dessen Hilfe Diskriminierungsvorfälle registriert und dokumentiert werden können. Dialog über das Diskriminierungsgeschehen und Empowerment für die Betroffenen befähigt sie, Gegenmaßnahmen zu entwickeln. Das regionale Antidiskriminierungsnetzwerk ‚RESPEKT. Für Teilhabe und gegen Diskriminierung‘ konnte Multiplikator*innen als Anlaufstellen hinsichtlich der Aufnahme von Diskriminierungsfällen sowie der Begleitung Betroffener beim Übergang zu Beratungsstellen qualifizieren.



Talenten und Fähigkeiten erfolgreich zusammenarbeiten.

Um als weltoffen und wertschätzend überzeugen zu können, bedarf es jedoch nicht nur Sprachkenntnisse, sondern auch einer entsprechenden Haltung und interkultureller Offenheit. Viele Unternehmen, Betriebe und die Verwaltung sind bestrebt, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und neben betrieblichen Inhalten auch wichtige Werte für ein gutes Zusammenleben und Arbeiten zu vermitteln. Aktuelle politische Veränderungen und gesellschaftliche Trends schlagen sich auch im betrieblichen Alltag nieder. Rechte Akteur*innen versuchen auch in der Arbeitswelt, ihre Weltsicht durchzusetzen und suchen dabei Verbündete. Es gibt Bestrebungen neurechter Akteur*innen, stärker auf die Arbeitswelt einzuwirken und Einfluss auf Betriebsräte, Gewerkschaften und vergleichbare Organisationen zu nehmen. Insbesondere im Hinblick auf die gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre liegt ein Schwerpunkt auf demokratiefördernden Maßnahmen im Rahmen der Ausbildung und Erwerbsarbeit.

Neben der Unterstützung der erfolgreichen Integration von Migrant*innen auf dem Arbeitsmarkt durch Beratung und berufliche Integration, verfolgen Handlungsansätze in Sachsen-Anhalt die Sensibilisierung der Unternehmen für Diversity-Fragen, die Stärkung der Demokratiekompetenz von Mitarbeiter*innen sowie eine Stärkung bzw. das Empowerment von Erfahrungen mit Diskriminierung Betroffener.

So legen (Modell-)Projekte wie „MitWirkung! – Vielfalt lernen, Perspektiven wechseln, Demokratie erleben“ einen Schwerpunkt auf Trainings, mit denen Demokratiekompetenzen von Auszubildenden, Berufsschüler*innen und Unternehmensmitarbeitenden geschult und eine an Vielfalt orientierte Unternehmenskultur gefördert wird. Über das Beratungsnetzwerk der Landesinitiative *Fachkraft im Fokus* werden kleine und

mittlere Unternehmen gezielt zu Diversity-Management beraten. Mit den Antidiskriminierungsstellen der Halleschen Jugendwerkstatt gGmbH sowie der Beratungsstelle „ENTKNOTEN“ des „Landesnetzwerkes der Migrant*innenorganisationen Sachsen-Anhalt e.V.“ (LAMSA) stehen Angebote zur Verfügung, die Beratung in Diskriminierungsfällen in der Arbeitswelt anbieten.

Zur besseren Integration von Migrant*innen in die Ausbildung bzw. Arbeit als Antwort auf den demografischen Wandel und den damit einhergehenden Fachkräftemangel existieren in Sachsen-Anhalt mittlerweile übergreifende Kooperationen und Netzwerke, die das Ziel haben, effektive Wege zur Integration in Ausbildung und Arbeit zu schaffen, z.B. die Landesnetzwerkstelle RÜMSA (Regionales Übergangsmanagement in Sachsen-Anhalt), die KAUSA Servicestellen Nord und Süd (Koordinierungsstelle Ausbildung und Migration), das Projekt MiiDU (Migrant*innen in duale Ausbildung) für die Integration junger Geflüchteter, die IvAF- Netzwerke (Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit), das IQ Netzwerk Sachsen-Anhalt, das Zentrum für Migration und Arbeitsmarkt (ZEMIGRA) sowie die Fach- und Servicestelle „Blickpunkt: Migrantinnen“ für die Arbeitsmarktintegration migrantischer Frauen in Sachsen-Anhalt

Haltung zeigen, Verbandskultur leben und Demokratie stärken

Malteser Hilfsdienst e.V. Diözese Magdeburg

Kontakt

Anja Kriesch

0176 62 10 68 12

anja.kriesch@malteser.org

Ziel des Projektes ist die Förderung zivilcouragierten Verhaltens in der ehren- und hauptamtlichen Maltesergemeinschaft. Das Projekt arbeitet daran, verbandliche Werte zu reflektieren und in Verbindung zu bringen mit demokratischen, weltoffenen und diversitätssensiblen Handeln.

Kernthemen sind Konfliktbearbeitung, Demokratiestärkung, partizipationsfördernde Beratung und die Stärkung der demokratischen Teilhabe.

Über Workshops, Fachtagungen, Netzwerktreffen, Seminare und persönliche Begegnungen zum Beispiel im Rahmen von Coachings werden Malteser in ihrer Konfliktkompetenz gestärkt.

4. Implementierung von Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit in der Landesverwaltung

Nicht zuletzt die ressortübergreifende Zusammenarbeit in Interministeriellen Arbeitsgruppen und im Beirat hat dazu geführt, dass Demokratieförderung und das Vorgehen gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in allen Zuständigkeitsbereichen implementiert ist.

Das Aus- und Fortbildungsinstitut des Landes (AFI) vermittelt in o. g. Zusammenhang in den Ausbildungslehrgängen relevante Inhalte, um Landesbedienstete entsprechend zu qualifizieren. Dies betrifft insbesondere die Themenfelder Staatsbegriff, Demokratie und Rechtsstaat, Grundrechte.

Im Bereich der Landespolizei gibt es zahlreiche Maßnahmen und Aktivitäten, um präventiv antisemitischen, rassistischen und fremdenfeindlichen Ansichten und Einstellungen stärker vorzubeugen bzw. entgegenzuwirken. Die Fachhochschule Polizei hat dazu eine ganzheitliche „Konzeption zur Erhöhung der Interkulturellen Kompetenz in der Landespolizei Sachsen-Anhalt“ erarbeitet, die sowohl das Studium und die Lehre als auch die zentrale und dezentrale Fortbil-

dung beinhaltet und verbindet. In diese Konzeption ist auch ein Leitfaden zum Erkennen von Hasskriminalität integriert.

Darüber hinaus erstellt die Fachhochschule Polizei Bereich Opferschutz derzeit ein Projekt unter dem Arbeitstitel: „Der Mensch steht im Mittelpunkt unseres Handelns“. Dieses Konzept soll dazu beitragen, das Verständnis von Polizeibeamtinnen und -beamten für die Perspektive von Opfern und die Resilienz gegen extremistisches Denken und gruppenbezogene Vorurteile zu stärken.

Der Ansprechpartner für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus leitet federführend einen interministeriellen Arbeitskreis, der auf eine Sensibilisierung und Zusammenarbeit gegen Antisemitismus in allen Ressortbereichen abzielt. Maßgeblich war dieser Arbeitskreis an der Entwicklung des „Landesprogramms für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus“ beteiligt, das am 6. Oktober 2020 von der Landesregierung beschlossen wurde. Im Landesprogramm stellt besonders das Kapitel „B.7 – Blickfeldschärfung in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung“ (einsehbar hier: <https://kurzelinks.de/LPAntisemitismus>) die geplanten und bereits erreichten Veränderungen der Verwaltungspraxis in Bezug auf Antisemitismussensibilisierung dar. Das Aus- und Fortbildungsinstitut des Landes hat zwischenzeitlich ein Seminar eingerichtet, das Kenntnisse und Inhalte zu jüdischer Religion und Kultur, sowie zu Antisemitismus vermittelt. Kalender des Landesverbands Jüdischer Gemeinden wurden an verschiedene Verwaltungsstellen übergeben um jüdische Feiertage und deren Bedeutung hervorzuheben und diese Termine im Verwaltungshandeln stärker zu verankern.

Die Verwendung der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)-Arbeitsdefinition des Landesprogramms für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus ist ein geeignetes Mittel, um für das Thema Antisemitismus auch im

Hochschulbereich zu sensibilisieren. Der Antisemitismus unterliegt wie die Begriffe des Rassismus und des Sexismus dem Oberbegriff der Diskriminierung.

Mit dem novellierten Hochschulgesetz ist in § 3 ein Verweis auf das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in das Hochschulgesetz aufgenommen worden, der ein diskriminierungsfreies Studium durch die Hochschulen sicherstellt. Durch das Erlassen von Antidiskriminierungsrichtlinien haben die Hochschulen bereits geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung, Rassismus und Intoleranz (auch religiöser) entwickelt und sie haben sich u.a. in den Zielvereinbarungen zur Beteiligung an der Einrichtung einer neuen hochschulübergreifenden Antidiskriminierungsstelle bereiterklärt.

Darüber hinaus ist auch Islamismusprävention ein inhaltliches Aktionsfeld des Landesprogramms. Die Koordination des "Landespräventionsnetzwerks Islamismus" ist dem Landesdemokratiezentrum Sachsen-Anhalt zugeordnet. Auch in diesem Phänomenbereich bietet der Verfassungsschutz Informations- und Sensibilisierungsveranstaltungen für Mitarbeitende in Kommunen und Landesbehörden an. Ziel ist es, zur Verhinderung islamistischer Radikalisierungsprozesse beizutragen und die Wechselwirkung zwischen Islamverunglimpfung bzw. -feindlichkeit und islamistischer Radikalisierung zu reduzieren.

5. Gemeinsam für ein weltoffenes Sachsen-Anhalt

Der Anschlag in Halle vom 09. Oktober 2019 hat die tödliche Eskalation von Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus erneut zum Ausdruck gebracht. Er hat zu einer starken Verunsicherung in der Bevölkerung und insbesondere bei den jüdischen und islamischen Gemeinden, bei den Akteur*innen der Migrationsarbeit und gesellschaftlichen Minderheiten in Sachsen-Anhalt geführt. Zum Schutz unserer Demokratie

braucht es neben notwendigen Sicherheitsmaßnahmen eine stärkere Präventionsarbeit gegen Rassismus, Antisemitismus und andere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Die Durchführung von Präventionsmaßnahmen betrifft alle Ressorts und muss somit als Querschnittsaufgabe noch stärker als bisher gedacht und fortgeführt werden.

Mit der Einrichtung eines Kabinettsausschusses im März 2020 zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus hat die Bundesregierung ein zusätzliches klares Signal gesetzt und das Thema auf die höchste Verantwortungsebene gehoben. In diesem Zusammenhang wurde ein 89 Maßnahmen umfassender Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus verabschiedet.

In einer nächsten Legislaturperiode steht ein Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt noch stärker in der Verantwortung, die einzelnen Maßnahmen und Projekte auf Bundes- und Landesebene zu einer gemeinsamen, aufeinander abgestimmten Strategie zusammenzuführen. Dies umfasst sowohl die Kontinuität in der Förderung bestehender Strukturen sowie die Auseinandersetzung mit neuen gesellschaftlichen Herausforderungen. Dazu zählen z.B. die Sensibilisierung zum Thema Alltagsrassismus, die Stärkung der Arbeit gegen Hass im Netz, die Stärkung der Unterstützung von Betroffeneninitiativen im Rahmen der Arbeit der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt sowie die Präventionsarbeit gegen Verschwörungsmethoden.

Auch der Beirat des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit hat die Ausrichtung der Präventionsarbeit nach den Anschlägen vom 09. Oktober 2019 in Halle auf den Prüfstand gestellt. Am 17. Dezember 2019 hat der Beirat in einer Sondersitzung beraten und Empfehlungen zur Stärkung der Präventionsarbeit formuliert, die auch über die aktuelle Legis-

laturperiode hinaus von hoher Relevanz sein werden.

Dabei ist ein klares und nachhaltiges gesellschaftliches Signal erforderlich, dass Staat und Zivilgesellschaft alles dafür tun werden, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus den Nährboden zu entziehen. Dazu sind Demokratieförderung und Präventionsarbeit gegen jede Form des politischen Extremismus zu verstetigen, auszubauen und Leerstellen in der Präventionsarbeit zu identifizieren und zu schließen.

In enger Kooperation mit dem „Ansprechpartner für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus“ ist die Arbeit gegen Antisemitismus und eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus und der Shoah mit Bildungsmaßnahmen zu fördern.

Demokratiebildung ist in den Bildungsprogrammen und Lehrplänen in Kita, Schule, Ausbildung und Studium sowie Erwachsenen- und Weiterbildung zu verstärken.

Die Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und die Demokratiebildung müssen noch stärker integrale Bestandteile von Regelstrukturen – insbesondere der Jugendhilfe, der Sozialarbeit, des Schulwesens und des beruflichen Ausbildungswesens – werden. Demokratische Teilhabe und die Erfahrung von Selbstwirksamkeit müssen noch mehr als bisher Teil des konkreten Alltags von Kindern und Jugendlichen werden. Eine frühzeitige Teilhabe an Entscheidungsprozessen ermöglicht eine stärkere Identifikation mit demokratischen Werten. Dabei kann auf in den letzten Jahren gewachsene entwickelten Ansätzen und Strukturen aufgebaut werden.

Zudem müssen Module zur politischen Bildung, Demokratiebildung sowie interkulturellen Bildung in allen relevanten Ausbildungs- und Studiengängen sowie der Weiterbildung Bestandteil sein.

Sozialisationsinstanzen des organisierten Sports oder der Feuerwehren sind als Orte gelebter Demokratie auch in Zukunft in ihrem Bemühen um demokratische Teilhabe und Radikalisierungsprävention zu unterstützen.

Medienkompetenztraining und Radikalisierungsprävention im Netz sind auszubauen und dabei insbesondere die Präventionsarbeit mit Fokus auf Internet und Soziale Medien zu stärken. Jede und jeder soll in der Lage sein, gegen menschenfeindliche Positionen im Internet einzutreten. Medienkompetenz muss fester Bestandteil des Ausbildungskanons und der Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte sowie für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe und der offenen Jugendarbeit werden.

Präventionsarbeit muss niedrigschwellig und gezielt ansetzen. Ergänzend zu bereits bestehenden staatlichen und zivilgesellschaftlichen Distanzierungsangeboten sollen radikalierungsgefährdete bzw. sich radikalisierende Personen mit neuen Präventionsangeboten gezielt angesprochen und bei Distanzierungsprozessen unterstützt werden.

Interkulturelle und interreligiöse Begegnungsarbeit bildet einen wesentlichen Beitrag dazu, Vorurteile und Ausgrenzung abzubauen und wechselseitiges Verständnis zu stärken. Die interreligiöse Begegnungsarbeit der christlichen, jüdischen und islamischen Gemeinden sowie der Migrant*innenorganisationen ist stärker als bisher zu unterstützen.

Gesellschaftliche Minderheiten und potentiell von Diskriminierung Betroffene müssen in der Wahrnehmung ihrer Rechte durch nachhaltige Unterstützungsangebote gestärkt werden. Hierfür muss Antidiskriminierungsarbeit stärker als bisher verankert werden.